

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 161

WINTER 2005/2006

€ 0,50

US-Imperialismus hetzt gegen Chávez

Venezuela: Proletarische Revolution kontra populistischer Nationalismus

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Artikels aus Workers Vanguard Nr. 860, 9. Dezember 2005 ab.

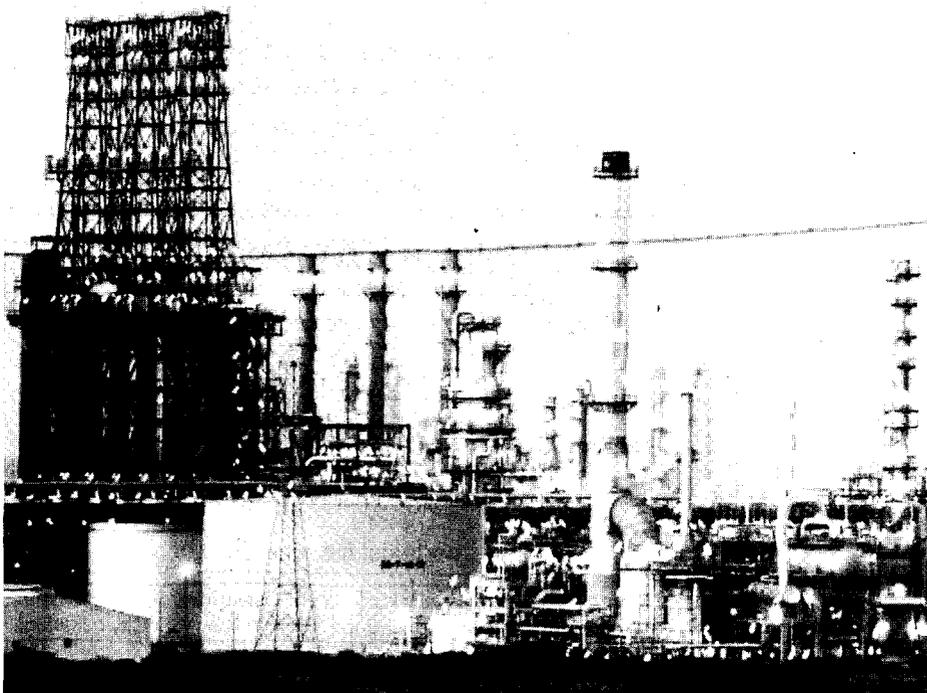
Der US-Imperialismus stellt weiterhin eine klare und akute Gefahr für die Regierung von Hugo Chávez in Venezuela dar. Seit Chávez 1998 zum Präsidenten gewählt wurde, hat er einen kurzlebigen Putsch (2002) ebenso überlebt wie monatelange Versuche eines Teils der venezolanischen Bourgeoisie, die Ölproduktion lahmzulegen, und ein gut finanziertes Referendum zu seiner Abwahl, alles von Washington unterstützt. Und wenn die Bush-Gang nicht im Irak tief im Schlamassel stecken würde, hätte sie wohl noch weitere Provokationen organisiert.

Aber die gleichen Gründe, aus denen Chávez den arroganten US-Herrschern ein Dorn im Auge ist, haben ihn zum Idol von Massen verarmter Barrio-Bewohner Venezuelas und einer großen Zahl junger Linker weltweit gemacht. Chávez nannte Bush einen Schwachsinnigen (*pendejo*) und unterhält demonstrativ freundschaftliche Beziehungen zu Washingtons Haupt-Nemesis in der westlichen Hemisphäre, dem kubanischen Führer Fidel Castro. Chávez verurteilte die US-Besetzung des Irak und prangerte die von den USA in Lateinamerika und anderswo vorangetriebene „neoliberale“

Wirtschaftspolitik an. Er startete Sozialprogramme für die ländlichen und städtischen Armen in Venezuela und brachte die Bush-Regierung in Verlegenheit, als er Hilfe für die Menschen von New Orleans anbot, die alles verloren hatten. Kürzlich hat Venezuela über einen Ableger von CITGO [seiner staatlichen Erdölgesellschaft] damit begonnen, den Armen der Bronx und Teilen von Massachusetts billiges Gas und Öl zum Heizen in diesem Winter zu liefern.

Als Chávez letzten Januar im Rahmen des vom Imperialismus finanzierten Welt-Sozialforums in Porto Alegre, Brasilien, in seiner Rede erklärte, man müsse über den Kapitalismus „hinausgehen“ zum Sozialismus, brach seine größtenteils linke Zuhörerschaft in freudige Sprechchöre aus, als wären sie auf dem Fußballplatz: „Olé, Olé, Olé, Chávez, Chávez“. Doch Chávez ist kein Sozialist. Als ehemaliger Armeeoberst, der jetzt an der Spitze des kapitalistischen Staates steht, ist er ein Feind des Kampfes für Sozialismus – d.h. des Kampfes für Arbeiterrevolution zur Enteignung der Bourgeoisie. In der Tat passt Chávez ganz ins Muster einer Reihe bürgerlicher Militäroffiziere, die auf der Grundlage von nationalistischem Populismus an die

Fortgesetzt auf Seite 2



MIR Chile

Ölraffinerie in Puerto La Cruz,
in Venezuela, dem fünftgrößten
Ölförderland.

Oben: Populistischer starker Mann
Hugo Chávez

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 1

Macht gelangt sind, von Oberst Juan Perón im Argentinien der 1940er-Jahre bis Oberst Gamal Abdel Nasser im Ägypten der 1950er-Jahre. In den 1950er- und 60er-Jahren, als überall in der halbkolonialen Welt von der Sowjetunion unterstützte nationalistische Bewegungen entstanden, erklärte sich so gut wie jeder kapitalistische Demagoge in der Dritten Welt zu irgendeiner Art „Sozialist“ oder „Marxist-Leninist“. Nasser verkündete „arabischen Sozialismus“, entriss 1956 den französischen und britischen Imperialisten den Suezkanal und führte eine Reihe von Verstaatlichungen durch. Dennoch präsierte er über die Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter im Interesse des Imperialismus: Er brach Streiks, ordnete die Gewerkschaften dem kapitalistischen Staat unter, verhaftete und folterte Kommunisten.

Im Falle eines weiteren von den USA unterstützten Putsches würden wir als marxistisch-internationalistische Gegner des US-Imperialismus erneut die Arbeiterklasse dazu aufrufen, für die militärische Verteidigung der Chávez-Regierung zu mobilisieren (siehe „CIA Targets Chávez“ [CIA hat Chávez im Visier], *Workers Vanguard (WV)* Nr. 787, 20. September 2002). Gleichzeitig sind wir politische Gegner des bürgerlich-nationalistischen Chávez-Regimes. Bei dem Referendum zu seiner Abberufung 2004, das von den rechtsgerichteten Opponenten des Regimes organisiert wurde, waren wir für Stimmenthaltung und nicht für eine Nein-Stimme, die ein Ausdruck des Vertrauens in Chávez gewesen wäre. Wie wir in „Referendum in Venezuela: Manöver des US-Imperialismus gescheitert – Bürgerlicher Populist Chávez setzt sich durch“ (*Spartakist* Nr. 156, Herbst 2004) schrieben: „Die sich unmittelbar aufdrängende Perspektive besteht nicht nur darin, sich den Vorstößen des US-Imperialismus in Venezuela und anderen Ländern zu widersetzen; man muss auch dafür kämpfen, die Unterstützung der Arbeiterbewegung für Chávez oder die Opposition zu erschüttern und eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen.“

Dagegen fungiert die breite Mehrheit selbsternannter Sozialisten und Revolutionäre als „linke“ Marketingabteilung für Chávez' „bolivarische Revolution“. Führend dabei ist Ted Grants in Britannien beheimatete International Marxist Tendency (IMT), die jetzt von Alan Woods geführt wird,

dem Autor einer Lobeshymne mit dem Titel „Die Venezolanische Revolution – eine marxistische Perspektive“ (2005). Während andere Opportunisten gelegentlich Kritik an Chávez anbringen, rühmen sich Woods und seine Gruppierung tatsächlich, „trotzkistische“ Berater des sich links gebenden Caudillos zu sein. Die IMT u.a. bieten Chávez als Kämpfer für die Sache der Armen und Unterdrückten feil und helfen so dabei mit, die Arbeiter ans Messer zu liefern. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen an irgendeinen bürgerlichen Herrscher zu binden dient nur dazu, den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse zu behindern. Im Gegensatz zu Gruppen wie der IMT versuchen Marxisten, die venezolanische Arbeiterklasse darauf vorzubereiten, die mörderischen Kräfte der bürgerlichen Reaktion effektiv zu bekämpfen, ob diese nun unter der Führung von Chávez oder seiner bürgerlichen Opponenten stehen.

Chávez und der Imperialismus

Eine Untersuchung der Argumente, die Pseudomarxisten wie die IMT benutzen, um ihre Unterstützung der „bolivarischen Revolution“ zu rechtfertigen, wird helfen, den Unterschied zwischen populistischem Nationalismus und authentischem proletarischem Marxismus zu erhellen. In einem Artikel auf ihrer Website (www.marxist.com) vom 1. März 2005 unter dem Titel „President Chavez Reaffirms Opposition to Capitalism“ [Präsident Chávez bekräftigt seine Gegnerschaft zum Kapitalismus] behauptet IMT-Wortführer Jorge Martin: Bei seiner Machtübernahme 1998 ging Chávez „nicht von einem sozialistischen Standpunkt aus. Er wollte die Probleme von Ungleichheit, Armut und Elend von Millionen von Venezolanern lösen. Doch er dachte anfangs, dies könne innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Systems getan werden.“ Martin fährt fort:

„Da Präsident Chavez sich ernsthaft der Lösung dieser Probleme verschrieben hat, ging die Oligarchie massenhaft auf die Seite der bewaffneten Revolte gegen die demokratisch gewählte Regierung über...“

Es war diese reichhaltige Erfahrung der revolutionären Bewegung, die mit den ständigen Provokationen der herrschenden Klasse konfrontiert ist, die Chavez und viele in der bolivarischen revolutionären Bewegung zu der Schlussfolgerung drängte: Innerhalb des Rahmens des Kapitalismus ist es unmöglich, die Herausforderungen des Kampfes gegen Armut, Elend, Ausbeutung,

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Oliver Wegenstein, Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,

Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

E-Mail: spartakist@online.de

Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 161

WINTER 2005/2006

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement ein *Spartakist*-Flugblatt zum U-Bahn Streik in New York City beigelegt.

Unsere Genossin Elizabeth King Robertson starb nach sechsjährigem Kampf am 12. Oktober zu Hause an Krebs. In ihrer mehr als 30jährigen Laufbahn als Berufsrevolutionärin zeichnete sich Lizzy als hervorragende Organisatorin, Propagandistin und Redakteurin aus. Als geduldige Lehrerin und Vorbild für jüngere Genossen war Lizzy ein lebendiges Bindeglied im Kampf um die Bewahrung unseres revolutionären Erbes, das auf Lenins und Trozki's Kommunistische Internationale zurückgeht. Als sie starb, war sie Vollmitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. und des Internationalen Exekutivkomitees der Internationalen Kommunistischen Liga. Ihr Tod ist ein unermesslicher Verlust, sowohl für unsere Partei international als auch für ihre Familie – Jim Robertson, Martha, Marthas Kinder Rachel, Sarah und Kenneth – wie auch für ihren Vater Henry, ihre Mutter Mary King und die übrige Familie King.

Lizzy wuchs in New York in einer großen Familie auf. Nach dem Tod ihrer Mutter Barbara heiratete ihr Vater Henry King, ein erfolgreicher Firmenanwalt, erneut. Mary King zog Lizzy wie ihre eigene Tochter auf und wurde für Lizzy zu „Mom“. Lizzy besuchte die Mädchen-Privatschule Brearley in New York. Sie schätzte stets die Ausbildung, die sie dort bekam, und viele der Freundschaften, die sie in Brearley schloss, hielten bis zu ihrem Lebensende. Als Teenager wurde sie zu Miss Porter's geschickt, einem exklusiven Mädchenpensionat für Angehörige des „alten Geldadels“. Ihre dortige eigene Erfahrung mit Antisemitismus und Klassenüberheblichkeit trugen dazu bei, dass sie zu einer leidenschaftlichen Kämpferin gegen Rassismus und Ungleichheit wurde.

Lizzy kam mit der Spartacist League erstmals Anfang der 70er-Jahre in Kontakt, als Studentin an der Bostoner Universität. Unter dem Einfluss des Vietnamkrieges waren die Bostoner Unis eine Brutstätte des neulinken Radikalismus. Lizzy war im Cambridge Tenants Organizing Committee (Mieter-Organisationskomitee) aktiv, einer Gruppe, die versuchte Arbeiterfamilien zu verteidigen, die durch den Ausbau der Universitäten aus ihren Wohnungen vertrieben werden sollten. Sie wurde zum Trozkiismus rekrutiert und trat 1973 der Revolutionary Communist Youth (Revolutionär Kommunistische Jugend) bei, der Jugendgruppe der SL. Für viele Studenten war die Berührung mit dem radikalen Aktivismus nur eine Episode jugendlicher Rebellion auf dem Weg zu einer schließlich bequemen Karriere. Doch Lizzys Rekrutierung zum Kampf für die internationale sozialistische Revolution war von Dauer.

Lizzy wurde im Juli 1974 als Mitglied in die Partei aufge-

Elizabeth King Robertson



Familie Robertson



1951–2005

nommen. Inzwischen war sie nach Detroit gezogen, wo die SL danach strebte, beim großenteils schwarzen Proletariat der Autofabriken zu intervenieren. Sie beeindruckte Genossen sowohl als Jugendorganisatorin als auch durch ihre Beteiligung an den regen Debatten, als die Partei mehr Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit gewann. Hier begann sie auch die schwierige Ausbildung zur Gerichtsstenographin, ein Beruf, den sie bis zu ihrer Schwächung durch den Krebs ausübte.

1976 zog sie nach New York, um ein Teil der nationalen Führung der Jugendorganisation (die in Spartacus Youth League umbenannt wurde) zu sein. Lizzy wurde im Juli 1976 ins Nationalbüro der SYL gewählt und war von Oktober 1976 bis September 1978 Redaktionsmitglied der Monatszeitung *Young Spartacus*. Ein Jahr lang war sie die Nationale Organisationssekretärin der SYL. Ihre Erfahrung als

Jugendorganisatorin und -führerin war entscheidend für Lizzys Verständnis, was eine Jugendorganisation für die Ausbildung von Parteikadern bedeutet.

Im August 1978 trat sie von ihren Führungspositionen in der Jugendorganisation zurück, um die Arbeit als Sekretärin des Politischen Büros zu übernehmen. Während ihrer ganzen Zeit in New York erfüllte Lizzy nicht nur die anspruchsvolle Aufgabe, regelmäßige und genaue Protokolle herauszugeben, sondern sie machte auch den Posten des PB-Sekretärs zu einer Schaltstelle für die Organisation politischer Diskussionen. Zu dieser Zeit begann ihre enge persönliche Beziehung zu James Robertson, dem nationalen Vorsitzenden der SL, und sie blieb bis zu ihrem Tod seine liebende Lebensgefährtin und engste Parteimitarbeiterin. Nachdem sie dem Zentralkomitee der Partei als SYL-Vertreterin angehört hatte, wurde Lizzy 1979 direkt selbst kooperiert und auf der Nationalkonferenz im August 1983 zum ZK-Vollmitglied gewählt. Sie übernahm auch die Verantwortung für die Erstellung des Inhaltsverzeichnisses der gebundenen Ausgaben unserer Zeitung, in denen unsere politische Linie und unsere Arbeit dokumentarisch festgehalten werden. Anfang der 90er-Jahre zog Lizzy in die Bay Area von San Francisco. Sie war unermüdete Beraterin der örtlichen Führung, war Sekretärin der ZK-Gruppe der Westküste und übernahm auch kontinuierlich Verantwortung für unsere Ortsgruppe in Los Angeles.

Lizzys Stärke lag darin, den Zusammenhang zwischen politischem Prinzip und konkreter sozialer Wirklichkeit anzupacken und dabei Taktiken und Losungen zu entwickeln, die unser Programm zum Ausdruck bringen können. Sie

Fortgesetzt auf Seite 4

Lizzy...

Fortsetzung von Seite 3

verfolgte die Arbeit der Spartacist-Unterstützer in den Gewerkschaften aufmerksam, und ihr Rat wurde von denen, die an dieser Arbeit beteiligt waren, sehr geschätzt. Sie war langjähriges Mitglied der Bay-Area-Ortsleitung und kämpfte darum, trotz ihrer vielen anderen Verpflichtungen in diesem Gremium zu bleiben, denn sie wusste genau, dass die Umsetzung politischer Entscheidungen ein tägliches Abwägen bedeutet, was man zugunsten der wichtigsten Aufgaben „verraten“ muss; es bedeutet, für die jeweiligen Aufgaben die richtigen Genossen zu finden und sie darauf politisch vorzubereiten.

Lizzy war als leninistische politische Organisatorin unübertroffen. Nach einer Parteisitzung beschäftigte sie sich unweigerlich damit, herauszufinden, wie man Personal oder Aufgaben verteilen muss, um die gerade festgelegten politischen Prioritäten in die Tat umzusetzen. Sie hatte ein tiefgehendes Verständnis davon, wie unser organisatorisches Funktionieren unserem revolutionären Zweck entspricht. Jahrzehntlang war Lizzy eine von einer Handvoll Genossen, die bei der Formulierung, Verbesserung und Kodifizierung unserer internen Normen und Praktiken die Initiative ergriffen, wenn sich für die Partei neue Situationen ergaben oder wenn sich Probleme bei den bestehenden Regeln zeigten.

Auf der Dritten Internationalen Konferenz der IKL 1998 hielt sie einen Vortrag „Über die Ursprünge und die Entwicklung leninistischer Organisationspraktiken“. Zusammen mit unseren überarbeiteten „Organisationsregeln und -richtlinien“, im *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20 (Sommer 1998) veröffentlicht, schulte Lizzys Vortrag sowohl junge Genossen als auch erfahrene Kader, um die Konferenzdelegierten zu einer Erörterung der Regeln zu befähigen, indem sie, beginnend mit den ersten von Karl Marx selbst gegründeten marxistischen Organisationen, den historischen Hintergrund darstellte. In diesem Vortrag führte sie aus: „Die lebendigen Organisationsregeln sind eines der vielleicht halben Dutzend Elemente, die eine Organisation kennzeichnen; in diesem Sinne sind sie politisch. Sie sind jedoch nicht allein entscheidend. Stichhaltige Organisationsregeln allein liefern keinen Schutz vor politischen Abirrungen, obwohl das Abweichen von unseren Organisationsnormen in der Regel politische Probleme signalisiert. Ohne bolschewistische Praktiken ist eine Organisation notwendigerweise formlos, das heißt menschewistisch.“

Auch wenn Lizzy selten ihre Stimme erhob, war sie auf Parteisitzungen eine machtvolle Rednerin. Ihr scharfsinniges Urteil und ihre offene Art gaben ihr eine einzigartige Autorität bei den Beratungen, in denen die Partei eine Führung auswählt. Oft wurde sie zur Vorsitzenden der Nominierungskommission gewählt, die verantwortlich dafür ist, der Parteikonferenz, die das Führungsgremium (das ZK in der SL/U.S. oder das IEK in der IKL) wählt, eine Kandidatenliste vorzuschlagen. Lizzy hatte ein gutes Auge für die Schwächen und Stärken der Genossen, auch ihrer engsten Freunde, und sie war bekannt für ihre Unvoreingenommenheit. Diese Fähigkeit ist äußerst wichtig in einer leninistischen Partei, die ihre Führung als ein Kollektiv aufbauen will, das stärker ist als die Summe von Einzelpersonen.

Lizzy war auch ihre eigene schärfste Kritikerin. Obwohl sie große Schmerzen hatte, verfasste sie am 7. Oktober ein Dokument, in dem sie ihre Rolle in einem politischen Kampf in der Ortsgruppe von Los Angeles ansprach, der getrübt war durch extreme Charakterisierungen von Genossen



Spartakist

Berlin, 6. November 2005: Kranzniederlegung zu Ehren unserer Genossin Lizzy in der Gedenkstätte der Sozialisten

und bürokratische Praktiken. Ihre Absicht war kein mea culpa, sondern eine sorgfältig auf Klarheit bedachte Stellungnahme, um die politischen Lehren zu ziehen, die zur Stärkung der Partei notwendig waren.

Seit Anfang 1979 war Lizzy eine Hauptstütze der Redaktion von *Women and Revolution (W&R)*, der Zeitschrift der Kommission des ZK der SL/U.S. für Arbeit unter Frauen. Lizzy war Verfasserin oder Mitverfasserin einer Reihe von Artikeln in *W&R* zu den sensibelsten Fragen, bei denen es um die Verteidigung der menschlichen Sexualität und die Entlarvung der barbarischen Grausamkeit des bürgerlichen Staates ging, der das Leben von Menschen zerstört, deren einziges „Verbrechen“ darin besteht, dass ihre sexuellen Neigungen und Bedürfnisse von den repressiven, auf Religion basierenden Einschränkungen des heuchlerischen bürgerlichen Moralismus abweichen. Sie schrieb Artikel über die AIDS-Krise, über das Verbrechen der genitalen Verstümmelung von Frauen, über die erfundenen Skandale um „Kindesmissbrauch“ in Kindertagesstätten, über Inzest und die Aufregung über sogenanntes „Date Rape“ („Vergewaltigung beim Date“). Als das Erscheinen von *W&R* nach der Ausgabe vom Frühjahr 1996 eingestellt wurde, leistete Lizzy weiterhin Beiträge zu den Artikeln, die unter dem *W&R*-Titel in den Zeitungen der nationalen Sektionen der IKL, wie *Workers Vanguard (WV)*, und im *Spartacist* erschienen. In den letzten Wochen ihres Lebens befasste sich Lizzy intensiv mit der Bearbeitung eines Artikels für die nächste Ausgabe des *Spartacist*, wo die Debatten und Diskussionen in der bolschewistischen Partei über die Frauenemanzipation nach der Russischen Revolution untersucht werden.

Die endgültige Annullierung der Oktoberrevolution in den Jahren 1991/92 war eine historische Niederlage für die Arbeiter aller Länder und leitete eine für Revolutionäre schwierige Periode ein. Unsere Schwierigkeiten, mit der neuen Periode zu Recht zu kommen, kamen in politischer Desorientierung und den entsprechenden internen Schwierigkeiten zum Ausdruck (siehe „Spartacist League 12th National Conference – A Hard Look at Recent Party Work and Current Tasks“ [12. Nationalkonferenz der Spartacist League – ein nüchterner Blick auf die jüngste Parteiarbeit

Fortgesetzt auf Seite 31

„Antideutsche“ Veranstaltung an der Humboldt-Uni:

Durchgeknallte Kriegshetzer fordern imperialistischen Angriff auf Iran

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend Berlin vom 10. Dezember 2005 ab.

Was haltet ihr davon, dass Leute an der Humboldt-Uni für einen imperialistischen US-Angriff auf den Iran agitieren? Genau das soll die Veranstaltung „Neue persische Härte“ bewirken, die am 12. Dezember im HU-Hauptgebäude stattfinden soll – prominent ausgehängt im Café Krähenfuß, das mit „unserem“ RefRat (AStA) verbunden ist. Sie wird organisiert von der „antideutschen“ Schlägerbande „Autonome Antifa Nordost Berlin“, und auch andere „Antideutsche“ (ADs) nehmen teil. Die „ADs“ sind antimuslimische Rassisten, die den US-Imperialismus unterstützen und die blutige Unterdrückung der Palästinenser durch die zionistischen Herrscher Israels bejubeln. Bei ihren Aktivitäten liefen sie in den letzten Jahren im Gleichschritt mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“, in Deutschland bisher angeführt durch den SPD-Oberbullen Otto Schily. Obwohl sie immer wieder etwas „antifaschistische“ oder „linke“ Rhetorik benutzen, haben diese Provokateure nichts mit Linken gemein. Ihr Ziel ist die Zerstörung der Linken durch rassistische und proimperialistische Ideologie sowie durch Provokationen und Gewalt. Deckmantel dafür ist ihre verleumderische Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus.

Ihre finstere Veranstaltung am 12. Dezember ist dafür ein Beispiel. Während der Einladungstext fragt, „welche Perspektiven für emanzipatorischen Widerstand es innerhalb der Islamischen Republik gibt“, ist ihre wirkliche „Perspektive“ rabiante proimperialistische Kriegshetze. Buchstäblich nur einen Mausklick von der Internet-Einladung entfernt, findet man die Tiraden eines Thomas Becker (www.realization.info), dem „Publizisten“, der auf der Veranstaltung sprechen soll. Becker schreibt nicht nur Beiträge für die „AD“-Schmierblätter *Jungle World* und *konkret*, die im Veranstaltungsflugblatt aufgeführt sind und die versuchen, sich eine „linke“ Fassade zu geben, sondern er schreibt auch regelmäßig für die notorisch rassistische *Bahamas*, das Flaggschiff der „ADs“. Die „ADs“ bejubelten den US/NATO/Bundeswehr-Krieg gegen Afghanistan und die US-geführte Besetzung Iraks. Auf der Titelseite der Winterausgabe 2002 bildete die *Bahamas* eine Gruppe von Piloten vor einem Bomber der US Air Force mit der Überschrift ab: „Der Kampf für Befreiung ist international.“ Als fortschrittlich unterstützen sie Tod und Elend,

mit denen die Imperialisten die Bevölkerung dieser abhängigen Länder überziehen. Ihre Propaganda ergänzen sie durch Gewalt und Provokationen gegen Linke und Immigranten, die sich gegen solche Kriege aussprechen. 2003 wurden zwei unserer Veranstaltungen an der HU von ihnen angegriffen, eine davon mit einer Rauchbombe.

Jetzt, da die zunehmend chaotische und blutige Besetzung des Iraks unpopulärer ist als je zuvor, trommeln sie für einen neuen imperialistischen Angriff auf den benachbarten Iran. Das erste, was man auf Beckers Webseite sieht, ist der



Kriegshetze auf Homepage von Thomas Becker, Referent bei „Neue persische Härte“. Plakat sagt: „Iran.. ihr seid die Nächsten! Wir werden den Job zu Ende führen!“

bardierung eines im Bau befindlichen irakischen Atomkraftwerks durch Israel 1981. Wir sagen: *US-/britische und alle imperialistischen Truppen – raus aus dem Irak! Keine UN-Intervention! Bundeswehr/USA/NATO – raus aus Afghanistan und raus aus dem Balkan! Imperialisten – Hände weg vom Iran!*

Der andere Sprecher am 12. Dezember ist Wahied Wahdathagh von MEMRI – dem Middle East Media Research Institute, das Presseagenturen weltweit mit hochwertigen Übersetzungen aus der arabischen Presse kostenlos versorgt. Wie der *Guardian*-Journalist Brian Whitaker schrieb: „Die Storys, die von MEMRI zur Übersetzung ausgewählt werden, folgen einem bekannten Muster: Entweder geben sie ein schlechtes Bild vom Charakter der Araber wider oder sie fördern in irgendeiner Weise die politische Agenda Israels“ (12. August 2002). Nicht überraschend. MEMRI wird von Jigal Carmon geführt, der 22 Jahre lang im israelischen Militär-Geheimdienst arbeitete und „Terrorismus“-Berater für

Fortgesetzt auf Seite 6

Durchgeknallte Kriegshetzer...

Fortsetzung von Seite 5

Jitzhak Schamir und Jitzhak Rabin war. Mitbegründerin von MEMRI war Meyrav Wurmser, die am Hudson-Institut eng mit Richard Perle zusammenarbeitete, einem Mitglied des Verteidigungsausschusses des Pentagon und Berater von Bush.

MEMRI und die „Antideutschen“ passen zueinander, weil sie beide den rechtsten Flügel der Zionisten in Israel unterstützen und die muslimische Bevölkerung verachten. Daher hetzen sie über Irans angebliche „islamische Atombombe“. Dies ist einerseits ein durchsichtiger Versuch, öffentliche Unterstützung für eine imperialistische Intervention aufzubauen. Andererseits dient es dazu, die Tatsache zu vertuschen, dass Israel mit seinen mehr als 200 Atombomben weiterhin die einzige Nuklearmacht im Nahen Osten ist. Auch die zionistischen Wahnsinnigen selber würden das gern geheim halten, wie der Fall von Mordechai Vanunu zeigt, einem israelischen Techniker, der das Ausmaß von Israels Atomwaffenarsenal vor der Welt enthüllte. 1986 wurde er vom Mossad entführt, über 18 Jahre weggesperrt und seit seiner Entlassung im April 2004 vom israelischen Staat gehetzt. Jüngst wurde er für zwei Tage eingesperrt, weil er einem israelischen Kontrollpunkt entlang der Mauer um das palästinensische Ghetto zu nahe kam. **Schluss mit der Verfolgung von Mordechai Vanunu! Verteidigt das palästinensische Volk! Israelische Siedler, Truppen – raus aus den besetzten Gebieten! Nieder mit Scharons Mauer!**

Was ist die wahre Bedeutung der „antideutschen“/imperialistischen Behauptungen, den „Fortschritt“ im Iran und im Nahen Osten zu unterstützen? Man muss sich nur Bushs neue islamische Republik im besetzten Irak anschauen, wo reaktionäre, frauenfeindliche Scharia-Gesetze in der US-unterstützten Verfassung stehen, um zu sehen, was für eine Heuchelei ihre Propaganda über „Freiheit und Demokratie“ ist. Gerade die imperialistischen Mächte – die USA, Deutschland, Japan, Britannien, Frankreich usw. – sind seit Ende des 19. Jahrhunderts die Hauptkraft in der Welt, um Rückständigkeit und alle Arten von Reaktion im Nahen Osten und in der übrigen so genannten Dritten Welt zu stützen. Es ist eine groteske Lüge, dass der weltweit führende Folterer und seine europäischen Alliierten im rassistischen „Krieg gegen den Terror“ irgendetwas mit „Fortschritt“ zu tun hätten. Die „ADs“ greifen Frankreich und Deutschland wegen „Appeasement“ gegenüber dem Iran an, um sie zu einer aggressiveren militärischen Vorgehensweise zu drängen. Tatsächlich sind der deutsche und französische Imperialismus keineswegs friedlicher als der US-Imperialismus (siehe Balkan, Afghanistan), sie sind nur militärisch schwächer und bevorzugen deshalb eine andere Strategie zur Verfolgung ihrer Interessen. Dazu gehören vor allem diplomatische Zwangsmittel à la UNO, wie die Androhung und Durchführung von Wirtschaftsblockaden. Die 1991 verhängte UN-Hungerblockade gegen den Irak, die am heftigsten von Liberalen und Sozialdemokraten propagiert wurde (in Deutschland von der SPD, aber auch anfangs von der PDS, die erst ihre Meinung änderte, *nachdem* die Sanktionen durchgesetzt waren), tötete 1,5 Millionen Iraker, darunter über 500 000 Kinder!

Der Aufstieg der reaktionären, Frauen hassenden, antisemitischen islamischen Fundamentalisten in den letzten Jahrzehnten ist zum großen Teil den Imperialisten zu verdanken. Einige, wie Al-Qaida, sind Frankenstein's Monster, ausgebildet von der CIA und unterstützt von den westeuropäischen Imperialisten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Andere Fundamentalisten profitierten eher indirekt von imperialistischer Unterdrückung und den Teile-

und-Herrsche-Strategien, die darauf abzielten, Konflikte zu schüren, die zu kommunalistischem Abschlagen führten. Dies wird auch durch die widerlichen antisemitischen Erklärungen illustriert, die der iranische Präsident Ahmadinedschad gerade abgab, in denen er den Nazi-Holocaust leugnet und im Grunde dazu aufruft, die Juden aus Israel zu vertreiben. Genau wie schon der Schlächter Chomeini und andere nationalistische Herrscher in der Region greift Ahmadinedschad die weit verbreitete Empörung über die israelische Verfolgung der Palästinenser auf und benutzt antisemitische Demagogie, um die Bevölkerung an ihre „eigenen“ Ausbeuter zu binden und so die eigene Herrschaft zu stärken. Nur das Programm der proletarischen Revolution bietet einen Ausweg aus dieser nationalistischen Falle. Es ist notwendig, trotzkistische Parteien im Nahen Osten aufzubauen, die dafür kämpfen, die arbeitenden Massen der Region vom bürgerlichen Nationalismus und vom islamischen Fundamentalismus zu brechen; das bedeutet auch einen scharfen Kampf gegen Antisemitismus. In Israel/Palästina erheben zwei Völker Anspruch auf das gleiche winzige Territorium, ein Problem, das innerhalb des Kapitalismus nicht demokratisch gelöst werden kann, sondern einen Kampf für arabische/hebräische Arbeiterrevolution erfordert.

Wir Kommunisten von der Spartakist-Jugend kämpfen für die Befreiung der Menschheit von imperialistisch vorangetriebener Rückschrittlichkeit und Unterdrückung. Bevor Chomeini 1979 an die Macht kam, ragten wir Trotzlisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (damals internationale Spartacist Tendenz) einzigartig heraus, weil wir konsequent vor der Bedrohung warnten, die aus der Unterordnung des mächtigen iranischen Proletariats unter Chomeini erwuchs. Wir sagten: „Nieder mit dem Schah! Nein zu den Mullahs!“ Nicht weniger einzigartig, und besonders gehasst von den Apologeten des „demokratischen Imperialismus“, waren unsere prinzipienfeste Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und unsere Unterstützung der Roten Armee in Afghanistan. Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften der Oktoberrevolution aus!“ Um die unzähligen unterdrückten Völker des Nahen Ostens und die besonders unterdrückten Frauen zu befreien, werden Arbeiterrevolutionen nötig sein, die alle Scheichs, Mullahs, Obristen und zionistischen Schlächter davonjagen und eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens errichten. Für uns ist dies Bestandteil einer revolutionären, proletarischen und internationalistischen Strategie für Sozialismus, die den Kampf gegen imperialistischen Krieg und Unterdrückung im Nahen Osten mit den Kämpfen der multiethnischen Arbeiterklassen Europas und der USA verbindet.

Die „Antideutschen“ hassens uns wegen unseres *proletarischen Internationalismus*, und das teilen sie mit der antikommunistischen HU-Administration, mit der sie sich wiederholt verbündet haben, um uns zu zensieren (siehe auch unser Flugblatt vom 30. November 2005 [siehe Seite 21]). Ihrerseits würde die HU-Administration, die die rassistische Rasterfahndung durchführte, mit der immigrierte Studenten eingeschüchert werden sollten, den Campus am liebsten von allen säubern, die sich gegen Rassismus, Krieg und Kapitalismus aussprechen. Sie will die Uni in eine „respektable“ Elite-Universität verwandeln – eine Fabrik zur Herstellung ergebener Handlanger der herrschenden Kapitalistenklasse, wo Arbeiter und Immigranten keinen Platz und keine Stimme haben. Die „Antideutschen“ mit ihrer proimperialistischen und rassistischen Propaganda und ihren wiederholten Provokationen sind die Möchtegern-Sturmtruppen dafür. **Nieder mit antikommunistischer Zensur an der Humboldt-Universität! Verteidigt Linke und Immigranten gegen „antideutsche“ Provokateure!** ■

Infineon-Streik: Polizei-Angriff auf Streikende

Punkt null Uhr am 24. Oktober traten die Arbeiter von Infineon in München-Perlach in den Streik und legten die Produktion lahm. Sie kämpften gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch die Vernichtung von 800 Jobs wegen der geplanten Schließung ihres Werks. Sechs Stunden vor dem ursprünglich geplanten Streikbeginn machten kämpferische Streikpostenketten der IG Metall alle Tore dicht. Die Arbeiter hatten Pläne der Bosse mitbekommen, Streikbrecher vor Streikbeginn in den Betrieb zu schleusen. Verstärkt durch Abordnungen von Vertrauensleuten und Betriebsräten von Siemens, BMW, MAN und anderen blockierten über hundert Arbeiter zwei Busse voller Streikbrecher, die um 4.30 Uhr auftauchten. Türkische und andere immigrierte Arbeiter spielten eine sehr wichtige, kämpferische Rolle bei den Streikpostenketten. Und auch die Arbeiterinnen standen in der ersten Reihe. Dutzende Polizisten rückten an und versuchten, die Eröffnung einer Gasse für die Streikbrecher zu erzwingen. Doch die Streikbrecher kamen nicht durch. Ein Team unserer Genossen, das sich gerade wegen unserer Abokampagne in der Region befand, fuhr gleich am Montagmorgen zu Infineon, reihte sich in die Streikpostenkette ein, verkaufte unsere Zeitung und diskutierte mit den Arbeitern.

Im Laufe des ersten Tages nahmen die Provokationen der Bosse dramatisch zu. In einem potenziell tödlichen Angriff auf die Streikpostenkette fuhr ein Streikbrecher-Bus einen Arbeiter an, der ins Krankenhaus musste. Zum Glück stellten sich die Verletzungen als nicht schwer heraus. Immer wieder versuchten Streikbrecher zu Fuß in den Betrieb zu gelangen. Bei einer weiteren Eskalation wurde eine Arbeiterin von einem als Zivilisten getarnten Bullen angegriffen und ging zu Boden. Als andere Streikposten ihr zur Hilfe eilten, zog der Bulle eine Pistole und bedrohte sie! Dies war Auftakt zu einem Bullenangriff auf die Arbeiter. Einem, der zu Boden gegangen war, wurden die Arme auf den Rücken verdreht. Zwei wurden festgenommen. Doch die Streikpostenkette stand. Diese brutale Polizeiprovokation ist eine Bedrohung des elementaren Rechts auf Streik. Die Arbeiterbewegung und Linke muss dagegen protestieren! Nieder mit Polizeiterror gegen Streikpostenketten! Solche Staatsprovokationen gegen Streiks müssen durch den Aufbau von Massenstreikpostenketten beantwortet werden. *Für Massenstreikpostenketten, die niemand überquert! Potenzi-*



Spartakist

Dresdner Infineon-Arbeiter demonstrieren ihre Solidarität mit dem Kampf der Münchner



Foto: Rote Fahne

Polizei griff brutal die Infineon-Streikposten an, um den Streik zu brechen

zial gab es genug. Die Abordnungen der Gewerkschaftsaktivisten, die unter Opferung ihres Urlaubs auf eigene Initiative aus Metallbetrieben ganz Bayerns gekommen waren, zeigen das. Wenn diese Angriffe eines beweisen, dann ist es, dass die Polizei kein Teil der Arbeiterbewegung ist, sondern die professionellen Streikbrecher im Dienst der Kapitalistenklasse. Doch anstatt andere Belegschaften zu mobilisieren, organisiert die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung die streikbrecherische Polizei im Gewerkschaftsbund! *Polizei raus aus dem DGB!*

Schon bevor der Streik losging, verschickten die Infineon-Bosse Drohbriefe an die Belegschaft, in denen sie mit Sanktionen und Entlassung drohten, falls man sich am Streik beteiligt. Gleichzeitig versuchten sie, in Dresden Streikbrecher zu mobilisieren, nach dem Motto, sonst wären die Dresdner oder die Leute aus Regensburg dran. Skandalöserweise wurden sie dabei vom Dresdner Betriebsratsvorsitzenden der streikbrecherischen Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB) unterstützt. Wichtig war, dass eine IG-Metall-Vertrauensleutedelegation aus dem Dresdener Infineon-Werk da war, die mit einem Transparent gegen Streikbruch eintraten. Sie hatten vorm Werk in Dresden ein Flugblatt verteilt, in dem sie die Belegschaft aufriefen, sich nicht als Streikbrecher gegen die Münchner missbrauchen zu lassen. Sie erklärten gegen die Bosse: „Aber sie sind nicht nur Spalter der Belegschaften, nein, sie treiben mit ihrer Politik auch die Spaltung zwischen Ost und West voran, indem sie ostdeutsche Arbeiter als Streikbrecher missbrauchen und damit uns der Schamlosigkeit preisgeben.“ Durch die kapitalistische Wiedervereinigung wurde fast die gesamte Industrie in der Ex-DDR zerstört und eine fast tariflose Niedriglohn-Zone geschaffen, wodurch die Arbeiterklasse in Ost und West gespalten wird. Durch ihren Kampf konnten die Infineon-Arbeiter deutlich bessere Abfindungen durchsetzen, aber von einem Sieg kann nicht die Rede sein, da das Werk trotzdem geschlossen wird. Kurz darauf kündigten die Infineon-Bosse am 17. November die Zerschlagung des Konzerns und die Auslagerung der Chip-Produktion an, was das Aus für Dresden bedeuten kann. Das zeigt, wie Klassenzusammenarbeit mit den Bossen den Arbeiterinteressen schadet. Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! ■

Spartakist-Abokampagne 2005: Wir begrüßen unsere neuen Leser!

Unsere *Spartakist*-Abokampagne endete in diesem Jahr damit, dass sowohl die Hamburger als auch die Berliner Ortsgruppe ihre Quoten übertrafen. Durch viel harte Arbeit erreichten Genossen und Sympathisanten der SpAD und der Spartakist-Jugend über 240 Abonnements zu Zeitungen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Das Gesamtergebnis von 285 Punkten beinhaltet über 170 Abos von *Spartakist* und 70 Abos von *Workers Vanguard*, unserer international führenden, zweiwöchentlichen Zeitung, herausgegeben von der Spartacist League/U.S., und von Zeitungen anderer IKL-Sektionen.

Die Abos wurden an Universitäten, vor Fabriken und bei Arbeiterkämpfen verkauft, in Immigrantenvierteln und bei Interventionen in linke Veranstaltungen. Genossen fuhren ins Ruhrgebiet, nach Bayern und nach Baden-Württemberg. Die gegenwärtige Periode nach der konterrevolutionären Zerstörung der DDR 1990 und der Sowjetunion 1991/92 ist eine schwierige Zeit für eine marxistische kämpfende Propagandagruppe wie uns. In der Linken herrscht das Bewusstsein vor, dass eine Arbeiterrevolution bestenfalls eine unrealistische „nette Idee“ sei.

Genossen intervenierten bei einigen defensiven Streiks und Protesten gegen den neuesten Horror-Katalog der Bosse – Massenentlassungen, Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten –, vom Infineon-Streik in München bis zu den Ärztestreiks und den Protesten von Krankenhausarbeitern in Hamburg und Berlin.

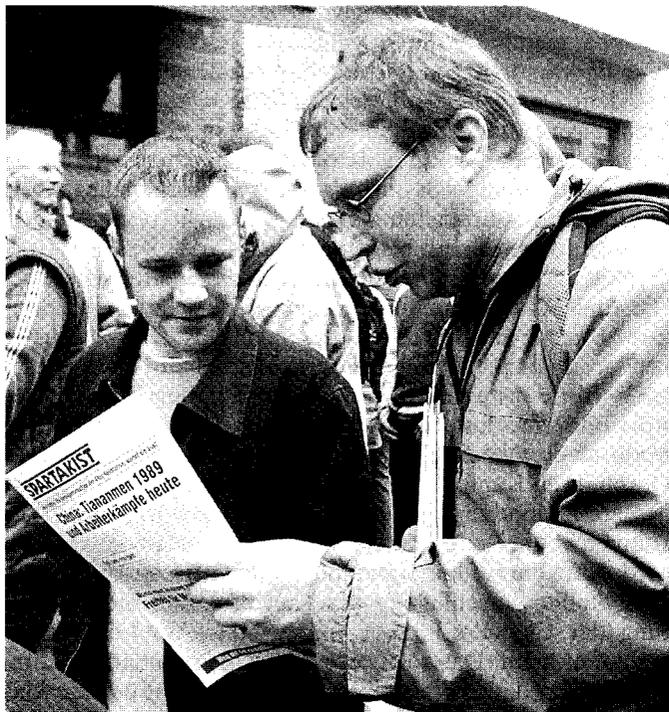
Mit Infineon-Arbeitern in München diskutierten Genossen über den Streik, aber auch über die reformistische Linkspartei/WASG, den Kampf gegen rassistischen Terror und über unsere bedingungslose militärische Verteidigung

der deformierten Arbeiterstaaten Kuba, China, Nordkorea und Vietnam gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Unser Abo-Paket „Nein zu Klassenzusammenarbeit! Für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse!“ kam besonders gut an. Beim Infineon-Streik trafen wir auch einen IG-Metaller aus einem anderen Betrieb, der zur Unterstützung des Streiks extra Urlaub genommen hatte. Er war 1999 wegen des Balkankriegs aus der SPD ausgetreten und später in der WASG aktiv. Letztere verließ er enttäuscht wegen der arbeiterfeindlichen Politik des Berliner SPD/PDS-Senats und nahm unser Paket als Abo-Geschenk, um besser gegen die WASG argumentieren zu können.

Kontrovers waren Debatten über die Rolle der Polizei. Hier änderte sich das Bewusstsein der Arbeiter im Verlauf des Streiks. Zu Beginn des ersten Tages, als sich die Bullen noch zurückhielten, holten Streikende die Polizei als Vermittler bei Konflikten mit Streikbrechern. Dies hörte jedoch auf, als die Bullen ihre Streikbrecherrolle selber in brutaler Weise demonstrierten (siehe Infineon-Artikel auf Seite 7).

In Berlin kürzt der SPD/PDS-Senat massiv Löhne der Arbeiter bei den Verkehrsbetrieben (BVG), streicht 98 Millionen Euro Landesmittel bei den Universitätskrankenhäusern und zerfetzte den Tarifvertrag mit den Unikliniken. Der Belegschaft des Klinikums Charité, die seit 2003 unter Tarif und ohne Vertrag gearbeitet hat, droht die Geschäftsführung mit bis zu 3000 Entlassungen, sollten sie in den aktuellen Tarifverhandlungen nicht weitere Lohnkürzungen von 31,7 Millionen Euro schlucken. Die ver.di-Betriebsgruppe veröffentlichte ein Protestflugblatt: „SPD und PDS erpressen Beschäftigte der Charité!“ WASGler, die Flugblätter bei Demonstrationen verteilten, hatten es schwer, ihr Wahl-

Spartakist-Abokampagne 2005



Spartakist

Ergebnis der *Spartakist*-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	110	158	144 %
Hamburg	100	121	121 %
Auf Entfernung	10	6	60 %
Gesamt	220	285	130 %

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

161

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

bündnis mit der PDS bei den letzten Bundestagswahlen gegenüber den wütenden Krankenhausarbeitern zu rechtfertigen. Bei einer WASG-Veranstaltung in Berlin-Pankow im Juni trat ein Mitglied der BVG-Tarifkommission als Hauptredner auf und rechtfertigte den Ausverkauf der sehr machtvollen BVG-Arbeiter. Dafür gab es stillschweigende Zustimmung der anwesenden Linken, die im Gegensatz zu uns die WASG politisch unterstützen. Die gemeinsame Kandidatur der Linkspartei mit der WASG half dem SPD/PDS-Senat, den BVG-Arbeitern den Lohnraub von bis zu 15 Prozent reinzuwürgen, was den Weg für weitere Angriffe im öffentlichen Dienst ebnete.

Auf der WASG-PDS-Veranstaltung „Gegen Lohndumping und Sozialraub“ im Oktober in Berlin sprach ein Genosse von uns: Unsere Alternative ist die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Wenn der Kapitalismus nicht die Probleme lösen kann, die er selbst geschaffen hat, dann zum Teufel mit ihm (Beifall). Und was die WASG angeht, so haben wir gesagt: Keine Stimme für die WASG, denn sie ist ein Hindernis für Klassenkampf. Sofort versuchte die Vorsitzende uns zu unterbrechen, während das Publikum gespannt zuhörte. An einen Vorredner gerichtet, der Charité-Gewerkschafter und WASG-Mitglied war, sagte unser Genosse: „Du kannst mit einer Partei, die im Charité-Aufsichtsrat sitzt und Kürzungen durchpeitscht, nicht gegen Sozialraub kämpfen.“ Die WASG trieft nur so von der Lüge über den Tod des Kommunismus. Wieder und wieder wurde uns bei deren Veranstaltungen der Kapitalismus als ewig und einzig verkauft. Doch wenn man den Kapitalismus als gegeben hinnimmt, dann kommt nationalistischer Reformismus wie bei Lafontaine raus.

Während unserer Reise ins Ruhrgebiet besuchten Genossen die Arbeiter der Cateringfirma Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen, die für angemessene Löhne und gegen die Verlängerung der Arbeitswoche auf 40 Stunden streiken. Viele der streikenden Arbeiter sind Immigranten und Frauen. In der ersten Dezemberwoche lehnte das Unternehmen einen Kompromiss in letzter Minute ab, und so geht der Streik in seinen dritten Monat. Gate Gourmet machte im letzten Sommer weltweit Schlagzeilen, als Flughafenarbeiter in London Heathrow den Streikenden bei Gate Gourmet zur Hilfe kamen, die wegen ihrer Streikaktionen von den Bossen mit Entlassung bedroht wurden. Die Düsseldorfer Streikenden wurden von diesem Beispiel von Klassenkampf-Solidarität ermutigt und kauften den *Spartakist* mit dem Bericht darüber (*Spartakist* Nr. 160, Herbst 2005). Viele Arbeiter, besonders Immigranten, sagten uns, dass starke Streikposten gebraucht werden, um Streikbruch zu stoppen. Die Niederlagen-Perspektive der Führung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in diesem Kampf ist es jedoch, so lange auszuharren, bis die zusätzlichen Ausgaben für den Streikbrecherfraß das Unternehmen „zermürben“. Mindestens zweimal seit Mitte Oktober haben Streikende versucht, die Streikbrecher-Busse aufzuhalten, aber die Bullen, die professionellen Streikbrecher der Bosse, tauchten sofort auf, um sicherzustellen, dass die Busse ungehindert weiterfahren konnten. Dieser Angriff auf das Recht der Arbeiter, ihren Streik zu verteidigen, muss mit Massenstreikposten beantwortet werden, mit Hilfe mächtigerer Teile der Arbeiterbewegung, die den Gate-Gourmet-Arbeitern unter die Arme greifen. Sieg dem Streik der Gate-Gourmet-Arbeiter! *Spartakist* ruft auch seine Leser auf, sich mit großzügigen Spenden zu solidarieren (NGG-Spendenkonto bei der SEB Düsseldorf: 165 021 73 00, BLZ 300 101 11, Stichwort Gate Gourmet).

Der Renner unter den Abo-Geschenken war das Paket „Nur sozialistische Revolution kann imperialistischen Krieg und rassistischen Terror beenden!“ Genossen intervenierten

bei einer Veranstaltung in München mit Nick Brauns und einem Sprecher der kurdischen Zeitung *Özgür Politika* über staatliche Repression gegen Linke. Der Sprecher von *Özgür Politika* beschrieb eindrucklich die brutale Polizeirepression gegen seine Zeitschrift, deren Büros bei einer Razzia am 5. September von der Polizei überfallen worden war. Die Polizei beschlagnahmte Aktenschränke, Computer und sogar die Mülleimer. Wir erklärten unsere Perspektive, die auf der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Angriffe auf Immigranten und demokratische Rechte basiert und die Verteidigung von Errungenschaften der Arbeiter mit dem Kampf gegen rassistischen Staatsterror verbindet. Wir stießen auf viele Illusionen, dass die PDS doch wenigstens etwas Gutes gegen Rassismus und die Nazis tut. Wir verwiesen dagegen auf den täglichen rassistischen Bullenterror und die Abschiebungen des SPD/PDS-Senats in Berlin, um zu illustrieren, was es heißt, reformistischer Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein. Nach der Veranstaltung suchten uns Leute auf, um mit uns über die PDS zu sprechen, da wir die einzige Organisation dort waren, die sich nicht um diese Gretchenfrage herumdrückte.

An den Unis waren die Plakate kontrovers, die „Bundeswehr, US-Truppen raus aus dem Balkan und Afghanistan!“ forderten und die zur Verteidigung der Palästinenser aufriefen. Die Unis sind das Hauptfeld, in dem Genossen der Spartakist-Jugend ihr Training bekommen, kommunistische Arbeit zu organisieren und zu führen. Ein besonders positiver Aspekt der diesjährigen Abokampagne war der begeisterte Einsatz unserer jungen Genossen. An der Berliner Humboldt-Uni bedeutet diese Arbeit auch, unser Rederecht zu verteidigen. Wir mussten gegen die antikommunistischen Machenschaften der Verwaltung agitieren, die uns mit Hilfe der reaktionären, proimperialistischen „Anti-Deutschen“ zensierte (näheres im Spartakist-Jugend-Flugblatt vom 30. November 2005 [siehe Seite 21]). Wir stießen auf großes Interesse an unserer Propaganda über China, gerade unter Studenten der Asien-Wissenschaften, die permanent mit der Lüge gefüttert werden, der deformierte Arbeiterstaat China sei kapitalistisch. Viele Abonnenten nahmen daher das Abo-Paket mit Artikeln zur Verteidigung der Arbeiterstaaten China, Vietnam, Nordkorea und Kuba.

Wir begrüßen unsere neuen Leser, und auch diejenigen, die ihr Abo verlängert haben, und hoffen, dass ein Abonnement unserer Zeitung ein erster Schritt sein wird zu einer größeren Teilnahme am Kampf für die Schmiedung einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse. ■

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 27. Januar 2006, 18 Uhr

Die Russische Revolution von 1917:
Wie die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat

Freitag, 10. Februar 2006, 18 Uhr

Trotzkismus und Anarchismus
im Spanischen Bürgerkrieg

Freitag, 3. März 2006, 18 Uhr

Warum China ein deformierter Arbeiterstaat ist,
der verteidigt werden muss

Treff: Café Nancy, Weserstr. 5, Ecke Hobrechtstr.
Nähe U-Bhf. Hermannplatz
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 2

Ungleichheit zu bestehen'...

Diese Dynamik von Wirkung und Gegenwirkung der venezolanischen Revolution erinnert uns ganz stark an die ersten Jahre der kubanischen Revolution. In einem Prozess aus Angriff und Gegenangriff wurde die Führung der kubanischen Revolution, die anfangs nicht vorhatte den Kapitalismus zu stürzen, dazu gezwungen, den Kapitalismus zu stürzen, um die dringendsten Bedürfnisse der Massen zu befriedigen.“

Abgesehen von der Feststellung, dass Chávez nicht „von einem sozialistischen Standpunkt“ ausging (und ausgeht), ist jede Behauptung in dieser Passage falsch oder irreführend. Wir werden uns weiter unten mit der Vorstellung auseinandersetzen, „die Führung der kubanischen Revolution“ solle lateinamerikanischen Revolutionären als Vorbild dienen. Im Moment reicht es aus, zu zeigen, dass der Vergleich der IMT von Castros Kuba mit Chávez' Venezuela die Tatsachen bis zur Unkenntlichkeit verdreht. Als Castros Rebellenarmee am 1. Januar 1959 in Havanna einmarschierte, brach die bürgerliche Armee und der Rest des kapitalistischen Staatsapparates, der die von den USA unterstützte Batista-Diktatur aufrechterhalten hatte, in wildem Chaos zusammen. Als Castro dann 1961 Kuba für „sozialistisch“ erklärte, waren die kubanische Bourgeoisie und die US-Imperialisten und ihre CIA- und Mafia-Spießgesellen schon alle geflohen, und auch das letzte Stück kapitalistischen Eigentums bis hinunter zum kleinsten Eisverkäufer war enteignet worden. In Kuba war ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat geschaffen worden. Im Gegensatz dazu kam Chávez an die Macht und regiert weiterhin als Herrscher eines kapitalistischen Staates, die venezolanische Bourgeoisie ist quicklebendig und die Imperialisten betreiben weiterhin trotz aller Drohungen und Provokationen des Weißen Hauses florierende Geschäfte mit Venezuela.

Chávez' Hauptanliegen nach der Machtübernahme war, das „Problem“ der ins Stocken geratenen Ölprofite „zu lösen“, des Lebensbluts der venezolanischen Bourgeoisie. Er machte sich sofort daran, die Ölarbeiter-Gewerkschaft zu disziplinieren und auf andere Weise die Leistungsfähigkeit der staatseigenen Ölindustrie zu erhöhen, während er das OPEC-Ölkartell dazu drängte, die Preise zu erhöhen. Diese Bemühungen und die Sorge darum, politische Stabilität durchzusetzen, waren der Grund dafür, dass Chávez anfangs von einem Großteil der herrschenden Klasse unterstützt wurde. Dazu gehörten nicht zuletzt auch seine ehemaligen Kameraden in der obersten Militärführung, die ihm dabei behilflich waren, nach dem Putsch von 2002 die Macht wiederzuerlangen. Als die Ölpreise anstiegen, zweigte Chávez

tatsächlich von den enormen Profiten einiges ab, um eine Reihe von Sozialmaßnahmen zu finanzieren: Verdreifachung des Bildungshaushaltes, Einrichtung von Kliniken für kostenlose Gesundheitsversorgung und Programme zur kostenlosen Essensabgabe für die Armen usw. Doch der Zweck solcher Maßnahmen ist nicht, eine soziale Revolution zu bewirken, sondern von ihr abzulenken – durch engere Bindung der besitzlosen Massen an den venezolanischen Staat.

Wie sehr auch die rein weiße venezolanische Oligarchie diesen emporkommenen Unteroffizier, der seine Herkunft als Zambo (afrikanische und einheimische Vorfahren) groß herausstellt, verabscheuen mag – Chávez dient doch den Klasseninteressen der Bourgeoisie von Caracas, und durch diese Klasse dem Weltimperialismus. Ein Artikel der *New York Times* (3. November 2005) spricht unter der Überschrift „Chávez gestaltet Venezuela in Richtung ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘“ um von „Unruhe in den Vorstandsetagen“ wegen der populistischen Politik des Regimes, berichtet aber nüchtern: „Bislang hat es keine erkennbare Abwanderung ausländischer Firmen, die in Venezuela Geschäfte machen, gegeben. Banken und Ölgesellschaften machen Rekordprofite dank der Ölpreise, die das Land, das der fünfgrößte Ölexporteur der Welt ist, mit Petrodollars überspülen.“

In seiner Rede in Porto Alegre war Chávez schnell bei der Sache, der venezolanischen Bourgeoisie und ihren imperialistischen Oberherren zu versichern, dass sein Sozialismus nicht „die Art von Sozialismus, die wir in der Sowjetunion sahen“, sei – d. h. kollektive Planwirtschaft basierend auf dem Sturz kapitalistischer Herrschaft –, was er als „Staatskapitalismus“ und „Perversion“ verurteilte. Er stellte ganz klar, dass seine Freundschaft mit Kubas Führer nicht dessen kollektivierten Wirtschaft miteinbezog und sagte: „Kuba hat sein Profil und Venezuela hat das seine.“ Er pries und identifizierte sich mit Brasiliens Lula, einstiger Populist, der vom Imperialismus diktierte drastische Sparmaßnahmen durchsetzt. Kurz gesagt ist es so, wie Chávez in seiner Fernsehshow „Alo Presidente“ am 22. Mai 2005 erklärte: Seine Vision eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ steht „nicht im Widerspruch zu Privatunternehmen, steht nicht im Widerspruch zum Privateigentum“.

In der Tat. Und solange kapitalistisches Privateigentum die Oberhand hat, werden die Massen Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen sein, und die wirtschaftliche Entwicklung wird dem Diktat des kapitalistischen Weltmarktes folgen, insbesondere dem der imperialistischen Ölmonopole. Es kann keine dauerhafte Erleichterung des Elends der städtischen und ländlichen Armen geben ohne die Zerschlagung des kapitalistischen Staats und den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine Reihe von proletarischen Revolutionen weltweit, die zu einer globalen klassenlosen Ordnung führen, in der alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft worden sind.

Spartakist-Veranstaltung in Berlin

Venezuela:

Populistischer Nationalismus kontra proletarische Revolution

Donnerstag, 19. Januar 2006, 18.30 Uhr

Café Nancy, Weserstr. 5, Ecke Hobrechtstr.,
Nähe U-Bhf. Hermannplatz

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Trotsky und die permanente Revolution

Dieses Verständnis war Triebfeder der Oktoberrevolution von 1917. Unter der Führung von Lenins und Trozki's bolschewistischer Partei feigten die Arbeiter Russlands – organisiert für ihre eigenen Klasseninteressen in demokratisch gewählten Arbeiterräten (Sowjets) – den kapitalistischen Staat hinweg und ersetzten ihn durch einen Arbeiterstaat. Die von den Bolschewiki geführten Arbeiter standen an der Spitze aller Unterdrückten, nicht zuletzt der riesigen Armee armer und landloser Bauern, und sie sahen ihre Revolution als Auftakt eines notwendigerweise internationalen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Herrschaft des Kapitals.

Dies ist weit entfernt von dem, was in der Kubanischen Revolution geschah: Castros Bewegung des 26. Juli bestand

aus Bauern-Guerillas und deklassierten kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich der Bourgeoisie entfremdet hatten und unabhängig vom Proletariat waren. Unter normalen Bedingungen wären Castros Rebellen den Fußstapfen zahlloser ähnlicher Bewegungen in Lateinamerika gefolgt und hätten mit radikaldemokratischer Rhetorik um sich geworfen, um die bürgerliche Herrschaft erneut zu besiegeln. Es war nur den außerordentlichen Umständen zu verdanken – die Arbeiterklasse trat nicht als eigenständiger Anwärter auf die Macht in Erscheinung, es existierte eine feindliche imperialistische Umzingelung, die nationale Bourgeoisie suchte das Weite und die Sowjetunion warf eine Rettungsleine –, dass Castros kleinbürgerliche Regierung die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zerschlagen konnte.

Die Existenz des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates war dabei entscheidend, er lieferte wirtschaftliche Unterstützung und einen militärischen Schild, der half, dem knapp 150 Kilometer entfernten imperialistischen Raubtier Einhalt zu gebieten. Anders als in der Sowjetunion, wo das ursprüngliche revolutionäre und internationalistische Programm des Oktober von einer konservativen, nationalistischen Bürokratie, die 1923/24 die politische Herrschaft an sich riss, in den Staub getreten wurde, war in Kuba der Arbeiterstaat von Anfang an bürokratisch deformiert.

Durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft beendete die Kubanische Revolution die Ausplünderung der Insel durch Imperialisten und lokale Bourgeoisie. Genauso wie wir es beim sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat taten, als es ihn noch gab, rufen wir zur bedingungslosen militärischen Verteidigung Kubas und der anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Nordkorea und Vietnam – gegen innere Konterrevolution und imperialistischen Angriff auf. Gerade die stalinistische Castro-Bürokratie untergräbt die Verteidigung Kubas, nicht zuletzt durch ihren Schmusekurs gegenüber allen möglichen arbeiterfeindlichen kapitalistischen Regimen, denen sie ein „revolutionäres“ Deckmäntelchen verleiht. Wie wir in unserer „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) der Internationalen Kommunistischen Liga erklärten:

„Unter den historisch denkbar *günstigsten* Bedingungen war die kleinbürgerliche Bauernschaft nur fähig, einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat zu schaffen, das heißt einen Staat, der qualitativ mit der Sowjetunion nach der politischen Konterrevolution von Stalin identisch war, ein antiproletarisches Regime, das die Möglichkeiten zur Ausweitung der sozialen Revolution nach Lateinamerika und Nordamerika blockierte und die weitere Entwicklung von Kuba in Richtung Sozialismus unterdrückte. Um die Arbeiterklasse politisch an die Macht zu bringen und den Weg zur sozialistischen Entwicklung zu bahnen, ist zusätzlich eine *politische* Revolution notwendig, die von einer trotzkistischen Partei geführt wird. Da der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat zerstört wurde und folglich kein Rettungsanker mehr gegen imperialistische Umzingelung vorhanden ist, ist die kurzfristige historische Öffnung vorbei, in der es kleinbürgerlichen Kräften möglich war, auf lokaler Ebene die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. Dies unterstreicht die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution.“
Trotzkis Theorie der permanenten Revolution, die von

der Russischen Revolution bestätigt wurde, besagt, dass in den Ländern, in denen der Kapitalismus verspätet entstanden ist, die historisch mit den bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts verbundenen Aufgaben nur unter der Klassenherrschaft des Proletariats ausgeführt werden können. Wie radikal ihre politischen



Viktor Bulla

Arbeiterklasse an der Macht: Arbeiter der Putilow-Werke versammeln sich, um Delegierte zum Petrograder Sowjet zu wählen, 1920

Repräsentanten auch tönen mögen, die Bourgeoisien in den unterentwickelten Ländern sind zu schwach, haben zu viel Angst vor dem aufstrebenden Proletariat und sind zu sehr abhängig von der imperialistischen Ordnung, als dass sie die Probleme der politischen Demokratie, der Agrarrevolution und einer unabhängigen nationalen Entwicklung lösen könnten.

In gewisser Hinsicht ist es recht passend, dass der kapitalistische Demagoge Chávez Simón Bolívar verehrt, einen Mann, den Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels vom Februar 1858 den „feigsten, gemeinsten, elendesten Lump“ nannte. Wie Marx in einem Beitrag über Bolívar, den er für *The New American Cyclopaedia* von 1858 schrieb, erläuterte, verkörperte der Begründer des lateinamerikanischen Nationalismus viele der Eigenschaften der spät entstandenen halbkolonialen Bourgeoisie Südamerikas. Er war käuflich, korrupt, feige und herrisch. Wiederholt ließ er seine Truppen im Stich, wenn diese unter Beschuss standen, er fiel seinen Kameraden in den Rücken und verließ sich bei seinen Siegen auf die Streitkräfte des britischen Imperialismus. Nach seinem ersten Triumph im Jahre 1813 gönnte er sich eine öffentliche Ehrung und ließ sich dafür von 12 jungen Damen aus den vornehmsten Familien von Caracas in einer Kutsche ziehen, und er ernannte sich selbst zum „Diktator und Befreier der westlichen Provinzen Venezuelas“.

Die bolivarischen „Marxisten“ der IMT stellen die permanente Revolution auf den Kopf; sie argumentieren, dass eine bürgerliche Formation, die *wirklich* entschlossen ist, für Demokratie zu kämpfen, irgendwie ihre historischen Beschränkungen überwinden und nicht nur Demokratie, sondern auch Sozialismus erreichen kann. So schreibt IMT-Sprecher Jorge Martin: „Die zentrale Idee der Theorie der permanenten Revolution ist, dass in kolonialen oder exkolonialen Ländern der Kampf für bürgerlich-demokratische Rechte, wenn er bis zum Ende geführt wird (in kontinuierlicher oder permanenter Art und Weise), zur sozialistischen Revolution führen muss.“ Der programmatische Kern

Fortgesetzt auf Seite 12

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 11

der permanenten Revolution ist der Kampf für die *Klassenunabhängigkeit des Proletariats* von allen Flügeln der halbkolonialen Bourgeoisie – wie „progressiv“ oder „antiimperialistisch“ deren Proklamationen auch sein mögen. Dieser Kampf kann nur durch die Schmiedung einer revolutionären, internationalistischen Arbeiterpartei in Opposition zu allen Arten des bürgerlichen Nationalismus verwirklicht werden.

Reform kontra Revolution

Die Aufgabe von Marxisten ist es, dem Chávez-Regime die „sozialistische“ Maske herunterzureißen, zu warnen, dass es den Klassenfeind repräsentiert. Was die opportunistischen Konkurrenten der IMT betrifft, so katzbuckeln diese zwar nicht einfach vor Chávez und seiner „bolivarischen Revolution“, aber sie machen dennoch dabei mit, den linkstönenden Caudillo als einen potenziellen, wenn auch nicht vollständigen und nur unzuverlässigen Verbündeten der Arbeiterklasse darzustellen. So lobt Peter Taaffes in Britannien beheimatetes Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI/KAI – in Deutschland SAV) Chávez dafür, eine „Debatte um die Entwicklung des Sozialismus“ entfacht zu haben, die „entscheidend für die Entwicklung der venezolanischen Revolution“ sei, bemängelt aber, „unglücklicherweise“ habe Chávez keinen „Plan, eine sozialistische Revolution in andere [!] Länder Lateinamerikas auszubreiten“ („Sozialismus steht wieder auf der Tagesordnung“, 2. November 2005).

Dann gibt es da noch die Liga für die Fünfte Internationale (L5I), basierend auf der britischen Gruppe Workers Power, die in ihrem *Anti-Capitalism: A Rough Guide to the Anti-Capitalist Movement* [Antikapitalismus: Ein grober Leitfaden für die antikapitalistische Bewegung] (2005) ein Kapitel betitelt: „Hugo Chávez: A New Leader for the Anticapitalist Movement?“ [Hugo Chávez: Ein neuer Führer für die antikapitalistische Bewegung?] L5I polemisiert gegen Bewunderer der mexikanischen Zapatistas, die glauben, es sei möglich, soziale Veränderung zu bewirken, ohne die Macht zu übernehmen:

„Chávez zeigt zumindest, dass wirkliche Reformen nicht durch Bitten erreicht werden können, was den mexikanischen Bauern herzlich wenige Ergebnisse gebracht hat, sondern vielmehr durch den Versuch, die Staatsmacht zu ergreifen. Chávez' Fehler liegt in seinem Widerwillen, all jene Elemente des venezolanischen Staates zu zerschlagen – die Justizbehörden und vor allem die Polizei –, die den Fortschritt behindern und zunichte machen.“

Chávez wird die Repressionsinstrumente, die den Kern des bürgerlichen Staates ausmachen – Justizwesen, Polizei, das Gefängnisssystem und „vor allem“ die Armee – nicht zerschlagen, denn er *verwaltet* den bürgerlichen Staat. Die Diktatur des Kapitals in Venezuela hinwegzufegen bedeutet, das bürgerliche Regime durch *proletarische* Revolution zu stürzen und nicht dem kapitalistischen starken Mann Vorträge zu halten, als wäre er ein eigensinniger Lehrling. Tatsächlich hat Chávez, wie seine linken Anhänger beklagen, noch nicht einmal besonders viele einzelne aufsässige Personen aus seinen Militär- und Polizeikommandoposten gesäubert, wie es nach fast jedem lateinamerikanischen Putsch geschieht.

Unter der Patina ihrer pseudoleninistischen Rhetorik propagiert die L5I das Kernstück des sozialdemokratischen Reformismus – die Vorstellung, dass der bürgerliche Staat nicht auf dem Amboss der proletarischen Revolution zerschlagen werden muss, sondern reformiert werden kann, um als Instrument zur Gesellschaftsumwandlung zu dienen. In

Britannien, dem heimischen Terrain von Workers Power, hat dies von jeher die Form sklavischer Loyalität zur prokapitalistischen, parlamentaristischen Labour Party angenommen (in der die britische Gruppe der IMT weiterhin tief vergraben ist). In Venezuela bedeutet es, die Tatsache schönzufärben, dass der populistische starke Mann Chávez der Klassenfeind des proletarischen Kampfes für den Sozialismus ist.

Populismus, Neoliberalismus – zwei Seiten derselben Medaille

Die Popularität, die Chávez und seine „bolivarische Revolution“ bei idealistischen jungen Linken – und vertrockneten Opportunisten – genießen, muss vor dem Hintergrund der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion gesehen werden. Radikale Jugendliche, denen mehr als ein Jahrzehnt lang „linke“ und rechte Propaganda über den „Tod des Kommunismus“ eingetrichtert wurde, sehen die Oktoberrevolution weithin als ein „gescheitertes Experiment“. Sie lehnen auch das marxistische Verständnis ab, dass die Arbeiterklasse der einzige Träger einer sozialen Revolution gegen die kapitalistische Ordnung ist. Darüber hinaus wird Kapitalismus im Großen und Ganzen mit der speziellen Ansammlung von wirtschaftlichen Maßnahmen gleichgesetzt, die als „Neoliberalismus“ bekannt sind – weitreichende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Vernichtung von Sozialleistungen, ungehinderte imperialistische Ausdehnung.

Die jüngste Geschichte Venezuelas ist reich an Beispielen darüber, dass Neoliberalismus und Populismus zwei Seiten derselben Medaille sind, manchmal von demselben bürgerlichen Regime jeweils zu verschiedenen Zeiten ausgeführt. Nehmt beispielsweise Carlos Andrés Pérez von der Demokratischen Aktion (AD) – man erinnert sich an ihn als an den Präsidenten, der Mitte der 1970er-Jahre Ölindustrie und Bergbau verstaatlichte, aber auch als an den Präsidenten, der die IWF-Schockbehandlung einführte. AD erging sich in sozialdemokratischer Rhetorik und kontrollierte die korporatistische Gewerkschaftsföderation CTV. Auf der Woge eines Anstiegs der Öleinnahmen in den 1970er-Jahren häufte die Bourgeoisie enormen Reichtum an. Gleichzeitig gab es unter der AD und der bürgerlichen prokatholischen Partei COPEI, die zeitweise Rivale und dann wieder Partner der AD war, die höchsten Arbeiterlöhne in ganz Lateinamerika, außerdem umfangreiche Preiskontrollen und Zuschüsse für Nahrungsmittel, Transport, Bildung, Gesundheitsversorgung und andere Lebensnotwendigkeiten.

Doch in den 80er-Jahren krachte der Ölboom zusammen und die riesige imperialistische Schuldenbombe explodierte, der Lebensstandard der Werktätigen ging den Bach hinunter, Sozialleistungen wurden massiv abgebaut und weitere harte Austeritätsmaßnahmen eingeführt. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, hat sich zwischen 1984 und 1995 nahezu verdoppelt, von 36 auf 66 Prozent. In dem Maße, wie Industrie und Landwirtschaft schrumpften, wurden Massen ehemals gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und besitzloser Landbewohner in Niedriglohnjobs der „informellen Wirtschaft“ getrieben, und sie versuchen mühsam, sich als Straßenverkäufer, Hausbedienstete, Zeitarbeiter usw. durchzuschlagen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad fiel von 26,4 Prozent im Jahre 1988 auf 13,5 Prozent im Jahre 1995, das machte die CTV zur Domäne einer relativ privilegierten Schicht von Ölarbeitern und anderen Arbeitern des öffentlichen Dienstes.

1989 führte Pérez sein Paquetazo ein, das „große Paket“ mit drakonischen Austeritätsmaßnahmen. Dies führte zu Massenprotesten, Caracazo, die brutal unterdrückt wurden. In einem Aufsatz in *Venezuelan Politics in the Chávez Era* (Venezolanische Politik in der Chávez-Ära, Hrsg. Steve Ellner und Daniel Hellinger, 2003) schreibt Kenneth Roberts:

„Die Kombination von sozialer Polarisierung und politischer Loslösung erwies sich nach 1989 als äußerst explosiv, als sich Venezolaner gegen das politische Establishment wandten und eine Reihe von unabhängigen Führern und Protestparteien unterstützten. Ende der 1990er-Jahre führte weit verbreitete Desillusionierung zu einer zunehmend größer werdenden Unterstützung für das Paradebeispiel eines politischen Außenseiters: ein ehemaliger Fallschirmjäger-Kommandeur, der durch einen erfolglosen Putschversuch gegen ein diskreditiertes demokratisches Regime die Fantasie der Bevölkerung anregte.“

Das waren klassische Bedingungen für den Aufstieg eines populistischen starken Mannes wie Chávez.

Ein weiteres Beispiel eines lateinamerikanischen populistischen Nationalisten war Lázaro Cárdenas in Mexiko, der in den 1930er-Jahren ausländische Ölgesellschaften verstaatlichte und in bedeutendem Ausmaß Land an die Bauern verteilte. Er brach auch Streiks und unterwarf die Arbeiterklasse mittels der korporatistischen Gewerkschaftsföderation CTM. Trotzki bemerkte in einem Artikel vom Mai 1939 mit dem Titel „Nationalized Industry and Workers' Management“ [Verstaatlichte Industrie und Arbeiterverwaltung]: „In den industriell rückständigen Ländern spielt das ausländische Kapital eine entscheidende Rolle. Daher rührt die relative Schwäche der *nationalen* Bourgeoisie im Verhältnis zum *nationalen* Proletariat. Dies schafft besondere Bedingungen der Staatsmacht. Die Regierung schwankt zwischen ausländischem und einheimischem Kapital, zwischen der schwachen nationalen Bourgeoisie und dem relativ machtvollen Proletariat. Dies gibt der Regierung einen unverkennbar bonapartistischen Charakter. Sie erhebt sich sozusagen über die Klassen. Tatsächlich kann sie entweder regieren, indem sie sich zum Instrument des ausländischen Kapitalismus macht und das Proletariat in den Ketten einer Polizeidiktatur hält, oder indem sie mit dem Proletariat manövriert und sogar so weit geht, ihm Konzessionen zu machen, und dadurch die Möglichkeit einer gewissen Freiheit gegenüber den ausländischen Kapitalisten erlangt.“

Bonapartismus in Venezuela

AD-Gründer Rómulo Betancourt, der von Sozialismus redete, regierte in Venezuelain den 1940er-Jahren zusammen mit dem Militär und säuberte die Gewerkschaften von Kommunisten, wodurch er die CTV zu einem zahmen korporatistischen gewerkschaftlichen Anhängsel der AD machte. Nach demselben Drehbuch trieb Chávez soziale Reformen voran, die darauf abzielten, sich eine Unterstützerbasis unter den plebejischen Armen zu sichern. Sein Ziel war, diese Basis als Rammbock nicht nur gegen seine Feinde in der Oligarchie zu benutzen, sondern insbesondere gegen die Gewerkschaftsföderation CTV, deren oberste Führung nicht nur der AD angehörte, sondern über die AFL-CIO-Gewerkschaftsbürokratie in den USA auch Verbindungen zur CIA hatte.

Chávez versuchte mit dem Schlachtruf, der CTV „Demokratie“ zu bringen, die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen. Als er 1998 sein Amt antrat, erklärte er, die CTV „muss aufgelöst werden“, und versuchte zwei Jahre später ein Referendum zur Zerschlagung der Gewerkschaft durchzudrücken, ohne Erfolg. Was die notorisch proimperialistischen CTV-Gewerkschaftsführer anging, so schlossen sich diese im verpfuschten Putsch von 2002 und



Glenn/Magnum

Von Castro geführte Rebellenarmee marschiert am Neujahrstag 1959 in Havanna, Kuba, ein

bei den ausgedehnten Streiks/Aussperrungen in der Ölindustrie, die im gleichen Jahr darauf folgten, den Ölbossen und anderen Chávez-feindlichen Teilen der Bourgeoisie und des Militärs an.

Im April 2003 gründeten die Bolivarische Arbeiterkraft (FBT) in der CTV und andere Chávez-Anhänger unter der Gewerkschaftsbürokratie eine neue Gewerkschaftsföderation unter Schirmherrschaft der Regierung. Die Unión Nacional de Trabajadores (UNT – Nationale Gewerkschaft



Reuters

Hugo Chávez umarmt Fidel Castro in Ciudad Bolívar, Venezuela, 2001

der Arbeiter) konnte nach Angaben von Chávez' Arbeitsministerium volle 76,5 Prozent der 2003/04 geschlossenen Arbeitsverträge einheimsen, während die CTV bloß 20 Prozent abbekam. Die UNT hat sich jetzt das Wohlwollen der Internationalen Arbeitsorganisation der UN und der proimperialistischen Oberhäupter des Trades Union Congress in Britannien erworben. Sie wird auch international von der Pseudolinken enthusiastisch als heißer Tipp gehandelt, auch von jenen Gruppen, die an Chávez selbst einige lauwarme Kritik anbringen. Insbesondere bejubeln solche

Fortgesetzt auf Seite 14

Venezuela...

Fortsetzung von Seite 13

Gruppen die gelegentlichen Fabrikbesetzungen und den Ruf der UNT nach „cogestión“ (fälschlich als „Arbeiterkontrolle“ ausgegeben) als Beweis dafür, dass die „bolivarische Revolution“ nicht einfach nur ein Produkt der Regierungspolitik sei, sondern durch Kämpfe der Arbeiterklasse an der Basis der venezolanischen Gesellschaft vorangetrieben werde.

Socialist Worker (5. August 2005), Zeitung der International Socialist Organization (ISO) in den USA, schwärmt überschwänglich, UNT-Führer hätten aufgerufen zur „Gründung einer Arbeitermassenpartei, die für die sozialistische Revolution in Venezuela kämpfen kann“. Ein bisschen kritischer gibt sich die Internationalist Group (IG), sie schreibt im *Internationalist* (September/Oktober 2005): „Die UNT hat sich eine sozialistische Redeweise zugelegt und kritisiert sogar Regierungspläne für ‚Arbeitermitverwaltung‘, indem sie zu ‚Arbeiterkontrolle‘ aufruft. Doch keiner der Hauptbestandteile der UNT hat ein revolutionäres Programm angenommen, das die Vorbereitung der sozialistischen Revolution zum Ziel hat. Vielmehr versuchen sie die Chávez-Regierung nach links zu drängen.“ Dies ist, insbesondere weil es von der IG kommt, eine ziemlich milde Beschreibung einer Gewerkschaftsföderation, die unter den Fittichen der Chávez-Regierung entstanden ist.

Es erschlosse sich einem nicht aus der Lektüre ihres jüngsten Artikels, aber im November 2000 hatte die IG in einem Artikel mit der Überschrift „Against Chávez, the Stock Market and the IMF – Venezuela: Mobilize Workers Power to Defeat the Anti-Union Referendum!“ [Gegen Chávez, die Börse und den IWF – Venezuela: Mobilisiert Arbeitermacht, um das gewerkschaftsfeindliche Referendum zu Fall zu bringen!] einen ganz anderen Ton angeschlagen. Dieser Artikel, der auf ihrer Website in Spanisch erschien, stellte den venezolanischen Populisten als bloßen Handlanger der Börse von Caracas und der Imperialisten dar und spielte sowohl die Gefahren einer US-imperialistischen Intervention herunter als auch die organischen Bindungen der CTV an die bürgerliche AD und ihre historischen Verbindungen zu den „gewerkschaftlichen“ Frontorganisationen der CIA in Lateinamerika.

Damals fiel uns besonders ins Auge, dass die IG die CTV *nicht* als korporatistisch bezeichnete, eine Unterlassung, die umso bemerkenswerter ist, als sie dieses Prädikat für die mexikanische Arbeiterföderation CTM benutzt als Rechtfertigung, um diese *nicht* gegen Angriffe der Regierung zu

verteidigen. Wir bemerkten: „Angesichts ihrer Vorgeschichte, ‚antiimperialistischen‘ Nationalisten von Mexiko bis Puerto Rico und darüber hinaus hinterherzulaufen, hätte man erwarten können, dass sich die IG bei dem nationalistisch-populistischen Chávez einschmeichelt“ („IG on Venezuela: Opportunism Makes Strange Bedfellows“ [IG über Venezuela: Opportunismus bringt dir sonderbare Leute ins Bett], *WW* Nr. 787, 20. September 2002). Nachdem die IG endlich erschnuppert hat, aus welcher Richtung der Wind weht, beieilt sie sich jetzt, ihren Platz an der linken Flanke des Fanclubs der bolivarianischen Revolution einzunehmen. Die IG überantwortet die CTV jetzt dem Mülleimer.

Die UNT-Führer geben gewiss Radikaleres von sich als die mit der CIA verbundenen CTV-Oberen, doch sie sind der kapitalistischen Regierung nicht weniger verpflichtet. Im September organisierten nach einem Bericht von Jorge Martin (www.handsoffvenezuela.org, 26. September 2005) UNT und FBT in Caracas „in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium“ einen „Workshop für politische Bildung“. Eine dort verabschiedete Resolution sprach von „dem historischen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse“, von „Sozialismus als der Hoffnung der unterdrückten Klassen aller Länder“ und der Notwendigkeit, die Produktionsmittel zu enteignen. All dieser feurigen Rhetorik ging ein unterwürfiges Versprechen voraus, „die führende Rolle unseres Präsidenten Hugo Chavez Frias in dieser demokratischen und partizipatorischen Revolution [zu] bestätigen“. Alles Gerede von sozialistischer Revolution und einer Arbeitermassenpartei ist einfach nur heiße Luft, wenn man nicht für die *vollständige und bedingungslose Unabhängigkeit des Proletariats vom kapitalistischen Staat und seinen politischen Parteien* kämpft.

Der „cogestión“-Schwindel

Wenn die reformistische Linke den Schwindel mit „cogestión“ [Arbeitermitverwaltung] propagiert – was von Chávez und der UNT als „Arbeiterkontrolle“ angepriesen wird –, trägt sie dazu bei, den Würgegriff des kapitalistischen Staates über die venezolanische Arbeiterbewegung zu verstärken. In den USA jubelt die Workers World Party: „Arbeiter übernehmen die Kontrolle in Venezuela“, und: „Überall in Venezuela machen Arbeiter heute Fortschritte mit neuen Formationen zur Organisierung der Arbeiter. Hier wird eine Fabrik übernommen, dort mit Arbeitermitverwaltung experimentiert. Arbeiter stellen die alten Klassenbeziehungen in Frage und gelangen zu einer kollektiven Erkenntnis ihrer historischen Rolle im Kampf für den Sozialismus“ (*Workers World*, 5. Mai 2005).

In marxistischen Begriffen ausgedrückt ist Arbeiterkontrolle keine Einrichtung, und sie ist auch keine Forderung, die man zur Durchführung an die Bourgeoisie richten kann. Sie bedeutet Doppelherrschaft am Arbeitsplatz in einer revolutionären Krise – d. h. die Arbeiter haben die Macht, ihr Veto einzulegen gegen Maßnahmen der Betriebsleitung, die sie ablehnen. Dies kann nur dazu führen, dass die Arbeiter durch eine sozialistische Revolution die Staatsmacht ergreifen oder dass die Kapitalisten durch eine Konterrevolution ihre Herrschaft von neuem geltend machen. Was von der zynischen Pro-Chávez-„Linken“ als „Arbeiterkontrolle“ ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit ein Programm zur *institutionalisierten Klassenkollaboration* und bindet die Arbeiterorganisationen enger an die Kapitalisten und deren Staat. Das ist alles nicht neu. In seinem unvollendeten Artikel „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges“ schrieb Trotzki 1940:

„Die Verwaltung von Eisenbahnen, Ölfeldern usw. durch Arbeiterorganisationen hat nichts gemein mit der Kontrolle der Arbeiter über die Industrie, denn letztlich liegt die Verwaltung in den Händen der Arbeiterbürokratie,

WORKERS VANGUARD 2004
1. Oktober 2004

For Class Struggle Against U.S. Capitalist Rulers!
Iraq: U.S. Occupiers Out Now!

**Venezuela:
Populist Nationalism vs.
Proletarian Revolution**
White House Vendetta Against Chávez



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche Zeitung
der Spartacist League/U.S.
22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01
BIC PBNKDEFF

die von den Arbeitern unabhängig, dagegen aber vollständig vom bürgerlichen Staat abhängig ist.“

In Venezuela ist heute das wichtigste Beispiel von „Arbeiterkontrolle“ die Papierfabrik Venepal (jetzt Invepal). Früher waren dort 1600 Arbeiter beschäftigt. Als die inzwischen bankrotte Fabrik letzten Januar verstaatlicht wurde, waren es nur noch 350. Die Firma, seit 1997 in großen Schwierigkeiten, hatte es einfach nicht geschafft, die Produktion wieder in Gang zu setzen, nachdem sie die Aussperrungen von 2002 gegen Chávez unterstützt hatte. Die



Rochkind/Polaris

Staatliches Aluminiumwerk Alcasa, wo Arbeiter einige Manager und Direktoren wählen. „Mitverwaltungs“programme helfen, die bürgerliche Ordnung zu stabilisieren

Arbeiter wandten sich schließlich an Chávez, der das Unternehmen verstaatlichte. Doch das Unternehmen sollte zunächst direkt vom Staat geleitet und erst in einer späteren Phase in eine Arbeitermitverwaltungs-Struktur zwischen Arbeitern und dem Staat unter direkter Aufsicht der Arbeitsministerin María Cristina Iglesias umgewandelt werden. Sechs Monate nachdem die IMT wegen der Verstaatlichung von Venepal erstmals „Sozialismus!“ verkündet hatte, mussten die Grant-Leute in einem Internet-Artikel (18. Juli 2005) zugeben: „Die Führer der Gewerkschaft sind dazu übergegangen, die Gewerkschaft aufzulösen, und sie hoffen, den Anteil des Staates am Unternehmen aufkaufen zu können, so dass sie die einzigen Eigentümer sind und den gesamten Profit aus der Produktion behalten können“ (Jorge Martin, „Chavez Announces Expropriation of Closed Factories“ [Chávez kündigt Enteignung geschlossener Fabriken an]).

Ein anderes Beispiel von „Arbeitermitverwaltung“ ist das Aluminiumwerk Alcasa in Ciudad Guayana, dessen Vorstand nach einem Bericht des *Militant* (15. August 2005), Zeitung der Socialist Workers Party in den USA, jetzt zwei von den Arbeitern gewählt und vier vom Staat ernannte Direktoren umfasst. Ein örtlicher Führer der Gewerkschaft Sintralcasa sagte, er sei nicht für vollständige Verstaatlichung, und erklärte: „Wir sind sehr von der US-Wirtschaft abhängig, also sind wir nicht für den Sturz des Imperiums.“ Ein anderer sagte: „Jetzt, wo wir Arbeitermitverwaltung haben, spricht die Gewerkschaft nicht mehr nur von Lohnerhöhungen“, und fuhr fort: „Wir müssen die Produktion steigern und die Kosten senken.“

Der *Socialist Worker* der ISO versichert seinen Lesern: „Cogestion hat nichts mit sozialdemokratischer Mitbestimmung gemein.“ Tatsächlich ist es aber im Wesentlichen genau das, eine Variante dessen, was in Deutschland als Mitbestimmung bekannt ist, umgesetzt in den Aufsichtsräten durch die Gewerkschaften und Betriebsräte, die so Teil des

Managements werden und auf das „Wohlergehen“ der Firma eingeschworen sind. Vielleicht noch größeren Bezug zur Lage in Venezuela hat das Beispiel der „Autogestion“ [Selbstverwaltung] im nachkolonialen Algerien der frühen 1960er-Jahre. Die Union Générale des Travailleurs Algérien (UGTA) organisierte unabhängige Arbeiterselbstverwaltungscommittees in den Fabriken und auf den Landgütern, die von den abziehenden französischen Kolonialisten aufgegeben worden waren. Aus Furcht vor einer Herausforderung seiner Herrschaft drückte das sich außerordentlich links gebende bürgerlich-nationalistische Regime der FLN (Nationale Befreiungsfront) unter Ahmed Ben Bella die Institutionalisierung der Selbstverwaltung und immer stärkere staatliche Reglementierung der UGTA durch. Sobald die Macht der Arbeiterklasse an die Kette gelegt war, wurde der „Sozialist“ Ben Bella durch eine Palastrevolution entmachtet.

Eine zentrale Rolle bei dem Verrat an den algerischen Arbeitern spielte Michel Pablo, der der kapitalistischen FLN-Regierung als Berater diente. In seiner Broschüre *World in Revolution* prahlte Pablo damit, dass er „mithalf, die Selbstverwaltung in Algerien zu kodifizieren und zu institutionalisieren und die algerische Reformgesetzgebung und die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes zwischen 1962 und 1965 zu entwerfen“ (siehe „They Never Learn“ [Sie lernen es nie], *WV* Nr. 86, 21. November 1975). Einige Jahre zuvor hatte Pablo als ein zentraler Führer der trotzkistischen Vierten Internationale (VI) das liquidatorische Programm verfasst, das für die Zerstörung der VI verantwortlich war. Alan Woods' IMT, die politisch in direkter Linie von Pablo abstammt, möchte gerne Pablos Rolle in Venezuela übernehmen.

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über diejenigen „Linken“ fällen, die den einen oder anderen sich links gebärdenden kapitalistischen Caudillo unterstützen. Der Weg vorwärts für die Geknechteten in ganz Amerika besteht nicht darin, nationalistische starke Männer als Revolutionäre und populistische Intermezzi als Revolutionen darzustellen. Er besteht vielmehr im Aufbau nationaler Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale im Geiste kompromissloser revolutionärer Feindschaft gegenüber jeglicher Art von kapitalistischer Herrschaft. Südlich des Rio Bravo müssen solche Parteien im politischen Kampf gegen weit verbreitete Illusionen in Populismus und Nationalismus aufgebaut werden. In den Vereinigten Staaten, in der Höhle des imperialistischen Monsters, wird eine revolutionäre Arbeiterpartei aufgebaut im Kampf dafür, das Proletariat von den Parteien des Kapitals – Demokraten und Republikanern – zu brechen und die proimperialistischen AFL-CIO-Oberhäupter durch eine klassenkämpferische Führung zu ersetzen. ■

Abonniere jetzt!

Espartaco

Zeitung der Grupo
Espartaquista de México
4 Ausgaben inkl. *Spartacist*
(spanische Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01
BIC BPNKDEFF



Fünfzehn Jahre kapitalistische Konterrevolution: Zynismus, Arbeitslosigkeit, klerikale Reaktion

Die Rechte gewinnt polnische Wahlen



Reuters

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 857 vom 28. Oktober 2005 und wurde in leicht redigierter Fassung in Platforma Spartakusowców Nr. 13, Dezember 2005, abgedruckt.

Warschau, 24. Oktober – Die kürzlichen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen fanden unmittelbar nach den obszönen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der kle-

Platforma
SPARTAKUSOWCÓW 

rikanal-nationalistischen, antikommunistischen Solidarność statt, der Speerspitze imperialistisch unterstützter kapitalistischer Konterrevolution im früheren Sowjetblock. Kennzeichnend für die 15 Jahre seit dem Sieg der Konterrevolution in Polen 1989/90 sind die Verarmung der Masse der arbeitenden Bevölkerung und der Aufstieg der katholischen Reaktion. Bösertiger Antikommunismus und Bigotterie gegen Frauen, virulenter Antisemitismus und polnischer Chauvinismus – der ganze alte Dreck von Marschall Pilsudskis Polen zwischen den Weltkriegen ist zurückgekommen.

Während es in großen polnischen Städten ein städtisches Kleinbürgertum gibt, das von der kapitalistischen Restauration profitierte und sich die teuren Cafés westlichen Stils in der Altstadt von Warschau leisten kann, liegen die offiziellen Arbeitslosigkeitszahlen seit mehreren Jahren bei 20 Prozent. Das deutsche Fernsehen berichtete letztes Jahr über die Lebensbedingungen von 15 000 Bergarbeitern, die durch die Schließung der staatlichen Kohlengruben in der südpolnischen Stadt Walbrzych ihren Arbeitsplatz verloren haben. Im



Warschau, Juli 2005: 5000 polnische Bergarbeiter demonstrieren vor dem Parlament, um die Renten zu verteidigen

verzweifelten Kampf ums Überleben riskieren viele ehemalige Bergarbeiter ihr Leben – und einige sterben – beim Kohleschürfen mit Pickeln und Äxten in *biedaszyby* (wörtlich: Schächte der Armen) wie im kapitalistischen Polen vor dem Zweiten Weltkrieg. Was sie aus dem Verkauf ihrer Kohle erhalten, ist drei- oder viermal mehr als die Arbeitslosenunterstützung und zehnmals mehr als die Sozialhilfe.

Die Wahlbeteiligung war die niedrigste seit den Wahlen von 1989, die eine kapitalistische Regierung an die Macht brachten: Nur 40 Prozent gaben ihre Stimme bei den Parlamentswahlen ab und etwa 50 Prozent bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl. Die niedrige Wahlbeteiligung spiegelt den tiefen Zynismus wider, mit dem die Polen die kapitalistischen Politiker betrachten, die seit 1989 regieren, wobei alle vier Jahre eine kapitalistische Koalition eine andere ersetzt und die abgewählte dann oft auseinander fällt.

Die aus Solidarność hervorgegangene Regierung, die 1989 die Macht übernahm, demontierte Polens vergesellschaftete Wirtschaft und führte eine ökonomische „Schockbehandlung“ durch, die den Großteil der Sozialleistungen zerstörte, die den Polen unter dem deformierten Arbeiterstaat zugute kam – von praktisch kostenloser Gesundheitsversorgung über billige, subventionierte Wohnungen bis zu Renten, von denen man leben konnte. Entsprechend katholischer „Familienwerte“ wurde das Recht auf sichere und kostenlose Abtreibung abgeschafft. Die Solidarność-Regierung wurde von einer aufgebrachten Wählerschaft rausgeschmissen. Aber die kapitalistische Regierung, die sie ersetzte, geführt von der exstalinistischen, sozialdemokratischen Allianz der Demokratischen Linken (SLD), machte keine dieser reaktionären Maßnahmen rückgängig. Tatsächlich erwies sich die SLD – eine bürgerliche Arbeiterpartei, organisatorisch auf die Arbeiterklasse gestützt, aber mit prokapitalistischer Führung und ebensolchem Programm – als ein verlässliches Werkzeug zur weiteren Festigung der kapitalistischen Herrschaft. Sie führte 1996 Massendeportationen von Roma durch und begrüßte die Einladung Polens zur NATO. Nachdem die SLD die Hoffnungen ihrer vorwiegend zur Arbeiterklasse gehörenden Wählerschaft enttäuscht hatte, wurde sie 1997 abgewählt und von einer Regierung der Wahlaktion Solidarność (AWS) abgelöst. Währenddessen blieb SLD-Führer Kwasniewski Präsident und leitete 1999 Polens Eintritt in die NATO.

Als die SLD 2001 wieder die Regierung übernahm, führte sie die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Maßnahmen der AWS fort. Die SLD-Regierung un-

Neu gewählter polnischer Präsident Lech Kaczynski (rechts) während Wahlkampagne mit seinem Rivalen Donald Tusk

terstützte 2003 die Invasion des Irak durch die bluttriefenden US-Herrscher und entsandte 3000 polnische Soldaten als Teil der imperialistischen Besatzungsmacht. Motiv dieses Schritts war die Besorgnis der polnischen Bourgeoisie über die engen Beziehungen, die sich zwischen dem imperialistischen Deutschland und Russland entwickelten. Im Namen der Wahrung polnischer „Unabhängigkeit“ ist Polens herrschende Klasse zu einem Lakaien der imperialistischen USA geworden. Nachdem die SLD erneut ihre Pflicht für Polens Kapitalisten getan und erneut ihre Arbeiterbasis betrogen hatte, hatte sie 2003/04 eine Reihe von Spaltungen wegen Korruptionsskandalen und machte den Weg frei zu einem weiteren Sieg der Rechten.

Polens neue Regierung wird nun aus einer parlamentarischen Koalition der Bürgerplattform (PO) von Donald Tusk und der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) der Zwillingenbrüder Lech und Jaroslaw Kaczynski bestehen. Lech Kaczynski, der gestern in einem zweiten Wahldurchgang zum Präsidenten gewählt wurde, propagiert eine „Vierte Republik“, einen starken präsidentialen Staat unter noch größerem Einfluss der Kirche. In seiner Propaganda, die unmittelbar vor den Wahlen an Gemeindepfarrer verschickt wurde, prahlte er mit seinem Kampf „zur Verteidigung des katholischen Glaubens“ und gegen „Äußerungen von Demoralisierung“ – eine Anspielung auf eine schwul-lesbische „Parade der Gleichberechtigung“, die er als Bürgermeister von Warschau letzten Juni verbot. Sein unterlegener Rivale im Kampf um die Präsidentschaft, Tusk, ist in sozialen Belangen geringfügig liberaler, aber ein starker Befürworter der Austerität des „freien Marktes“.

Trotz ihrer Differenzen werden Tusk und die Kaczynski-Zwillinge gut miteinander auskommen, denn was sie eint, ist, Solidarność-Konterrevolutionäre der ersten Stunde zu sein. Tusk gründete das Gdansk Solidarność-Studentenkomitee, und die Kaczynskis standen in der Befehlshierarchie im Streikkomitee der Lenin-Werft vom August 1980, aus dem Solidarność hervorging, an zweiter Stelle hinter Solidarność-Führer Lech Walesa. Als Walesa 1990 der erste Präsident des kapitalistischen Polens wurde, machte er die „bösen Zwillinge“ zu seinen Vizepräsidenten.

Das kapitalistische Erbe von Solidarność

Die Regierung und das gesamte politische Spektrum in Polen von links bis rechts feierte den 25. Jahrestag von Solidarność – jeder auf seine eigene Art. Die Regierung organisierte Feiern in der Stadt Gdansk, einschließlich eines Konzerts des französischen Popstars Jean-Michel Jarre in der ehemaligen Lenin-Werft. Der frühere SLD-Präsident Kwasniewski, der 1980 Mitglied der herrschenden stalinistischen Partei war, zollte Solidarność' Kampf für den „Sturz des Kommunis-

mus“ Respekt. Im Juli schlug das Parlament einen „Tag der Solidarność“ vor. Westliche Staatsmänner stimmten ein in das Lob auf Solidarność' konterrevolutionäre Dienste im antisowjetischen Kalten Krieg, so erklärte das Europaparlament den 31. August zu einem „Tag von Freiheit und Solidarność“ und erkannte Solidarność' Beitrag zur Osterweiterung der imperialistischen Europäischen Union an.

Gleichzeitig boykottierten die früheren Solidarność-Koryphäen Andrzej Gwiazda und Anna Walentynowicz die offiziellen Feiern und organisierten ihre eigenen Festivitäten. Gwiazda war 1980 Walesas rechte Hand gewesen, und Walentynowicz war die Kranführerin, deren Entlassung im August 1980 die Bestreikung/Besetzung der Lenin-Werft auslöste. Sie protestierten heuchlerisch gegen den Ausverkauf der Werft, deren Belegschaft von 15 000 in den 1980er-Jahren auf heute 3000 geschrumpft ist. Die September-Aus-

Fortgesetzt auf Seite 18

Hände weg von Schwulen- und Lesbenrechtsaktivisten in Polen! Sofortige Einstellung aller Verfahren!

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Protestbriefs vom 23. November 2005 des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) ab, gerichtet an den polnischen Präsidenten Lech Kaczynski und den Bürgermeister von Poznan, Ryszard Grobelny. Am 19. November 2005 gab es in Poznan einen brutalen Polizeiangriff auf Aktivisten für die Rechte von Schwulen und Lesben. Dieser Angriff ist das aktuellste Beispiel der Kampagne des polnischen kapitalistischen Staates – entstanden nach der von Solidarność geführten Konterrevolution vor 15 Jahren – gegen die demokratischen Rechte von Homosexuellen, nationalen Minderheiten und der Linken. Der Angriff folgte auf Lech Kaczynskis kürzliche Wahl zum Präsidenten – mit seinem Programm, die Todesstrafe wieder einzuführen, die Rechte von Frauen auf Abtreibung noch weiter einzuschränken und eine klerikale, antikommunistische „Vierte Republik“ zu errichten, also das Land und jeden Aspekt des Lebens immer weiter unter die Kontrolle der katholischen Kirche zu bringen.

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Heute hetzt der polnische kapitalistische Staat seine Polizei gegen Schwulen- und Lesbenrechtsaktivisten. Schon bald wird die gleiche Polizei gegen streikende Arbeiter gehetzt werden, die ihre Jobs verteidigen und das, was an mageren Sozialleistungen noch existiert. **Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Stoppt die Verfolgung von Schwulen- und Lesbenrechtsaktivisten! Weg mit allen Anklagen gegen die Poznan-Demonstranten! Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Für das Recht auf Abtreibung auf Wunsch!**

Designerter Präsident Herrn Lech Kaczynski
c/o Botschaft der Polnischen Republik in Berlin

Bürgermeister von Poznan: Herrn Ryszard Grobelny

Sehr geehrte Herren,

am Samstag, den 19. November 2005 hat die Polizei von Poznan in Kampfmontur einen brutalen Angriff auf Hunderte von Demonstranten für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben durchgeführt. Diese Demonstration wurde von Poznans Bürgermeister Ryszard Grobelny verboten, der damit dem Beispiel des neu gewählten Präsidenten Lech Kaczynski folgte. Dieser hatte im letzten Juni als Bürgermeister von Warschau die „Parade für Gleichberechtigung“ verboten. Der Polizeiangriff erfolgte gegen Ende der Demonstration unter dem Beifall von faschistoiden Reaktionären, die gegen die Demonstranten rassistische und schwulenfeindliche Beschimpfungen richteten. Die Polizei kesselte zunächst die Demonstration ein und begann dann, auf die Demonstranten einzuschlagen und 65 von ihnen, die sie auf den Bürgersteig abdrängte, festzunehmen. Den Demonstranten drohen jetzt Strafen bis zu einem Monat Gefängnis.

Das Komitee für soziale Verteidigung fordert: Schluss mit der Verfolgung der Schwulen- und Lesbenrechtsaktivisten in Polen! Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen die Demonstranten von Poznan!

Werner Brand
für das Komitee für soziale Verteidigung

Polnische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 17

gabe von *Poland Monthly* zitiert Gwiazda: „Was wir heute in Polen sehen, ist das Gegenteil der Ideale von Solidarność. Jetzt erkennen die Leute, dass sie zum Narren gehalten wurden. Sie dachten, der Name ‚Solidarität‘ und der Name ‚Walesa‘ bedeuteten etwas, aber nun erkennen sie, dass 1989 alles vorbei war.“ Die fanatisch antikommunistische Walentynowicz behauptete bei den „unabhängigen Feiern“ sogar: „Walesa wurde von Anfang an vom kommunistischen Geheimdienst SB gesteuert“ (*Warsaw Voice*, 7. September).

Selbsternannte sozialistische Gruppen in Polen und auf der ganzen Welt reihen sich ein in das Lob und die Feiern für Solidarność. Zbigniew Kowalewski vom pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS), der 1981 beim Gründungskongress von Solidarność Delegierter war, schrieb: „Zweck der lautstarken Festivitäten zum Jahrestag der Geburt von Solidarność ist, ihre wahre Natur zu verstecken – eine Arbeiterrevolution, geführt im Namen authentisch sozialistischer Werte“ (*International Viewpoint Online*, September 2005). Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Pseudolinken die Solidarność-Konterrevolution und ihre eigene Unterstützung dafür abdecken.

Solidarność entstand in der Streikwelle des Sommers 1980 und stützte sich anfänglich auf die berechnete Unzufriedenheit der Arbeiter. Schon drei Mal zuvor – 1956, 1970 und 1976 – hatten Arbeiterunruhen den polnischen deformierten Arbeiterstaat an den Rand einer proletarisch-politischen Revolution gebracht. Aber Solidarność war eine *Abkehr* von diesen früheren prosozialistischen Kämpfen. Polnische Arbeiter fühlten sich von den Lügen des stalinistischen Führers Gomulka verraten, der 1956–1970 an der Macht war, und von denen seines Nachfolgers Gierek.

Gierek verpfändete auf ruinöse Weise Polens Reichtum an westliche Bankiers und schröpfte ebenso die Wirtschaft, um die landbesitzenden Bauern zu subventionieren.

Als Arbeiter 1980 mit heftigen Kämpfen auf steigende Preise und den Mangel an Lebensmitteln und anderen Konsumgütern reagierten, schauten sie auf die mächtige katholische Kirche als die anerkannte Opposition gegen das diskreditierte stalinistische Regime. Anfänglich sangen die Streikenden in Gdansk die „Internationale“, aber bald wurde diese durch die alte Nationalhymne „Oh Gott, der du Polen verteidigt hast“ ersetzt. Walesa nannte sich bei jeder Gelegenheit einen wahren Sohn der polnischen Kirche. Als Walentynowicz gefragt wurde, ob sie Sozialistin sei, antwortete sie, sie sei eine Gläubige. Viele der „Dissidenten“ waren offen reaktionär – bösartig nationalistisch, antikommunistisch, antidemokratisch und antisemitisch (ungeachtet der Tatsache, dass in Polen nur noch wenige Juden lebten). Der ehemalige Linke Jacek Kuron, dessen Arbeiter-Verteidigungskomitee (KOR) Solidarność Ratschläge lieferte, war ein Sozialdemokrat, der Bauernkämpfe für Privateigentum unterstützte und behauptete: „Die katholische Bewegung kämpft für die Verteidigung von Gewissensfreiheit und Menschenwürde.“ Als Solidarność 1989 an die Macht kam, wurde Kuron der erste Arbeitsminister eines nun kapitalistischen Polens. Eine seiner ersten Taten war die Zerschlagung eines Eisenbahnerstreiks im Mai 1990. Und Kuron war der Liebling der westlichen Linken, das „sozialistische“ Gesicht der Solidarność-Reaktion.

Auf das Ergebnis des Gdansk-er Werft-Streiks reagierten wir mit dem Aufruf in unserer Überschrift: „Bekämpft die klerikale Reaktion! Für proletarische politische Revolution!“ (*Spartakist* Nr. 32, September 1980). Über die Vereinbarung, die den Streik beendete, schrieben wir:

„Insoweit wie das Abkommen die polnische Arbeitermacht zum Kampf gegen die stalinistische Bürokratie vergrößert, können Revolutionäre den Streik und sein Ergebnis unterstützen. Aber man muss schon blind sein, um den ungeheuren Einfluss der katholischen Kirche und auch die prowestlichen Stimmungen unter den streikenden Arbeitern nicht zu sehen. Wenn das Abkommen die Arbeiterklasse organisatorisch stärkt, so stärkt es auch die Kräfte der Reaktion. Polen steht heute am Scheideweg.“

Solidarność konsolidierte sich auf ihrem Gründungskongress im September 1981 auf einem Programm für kapitalistische Konterrevolution. Das zeigte sich an ihren Aufrufen zu „freien Gewerkschaften“ – ein Schlachtruf des Kalten-Kriegs-Antisowjetismus – und zu „freien Wahlen“, was kapitalistische Restauration unter dem Deckmantel einer parlamentarischen Regierung bedeutet hätte (genau dies geschah 1989/90). Solidarność wurde aktiv von einem breiten Spektrum reaktionärer Kräfte unterstützt, vom Vatikan unter dem polnischen Papst Karol Wojtyła (alias Johannes Paul II.) über US-Präsident Ronald Reagan, dem Gewerkschaftszerstörer, bis hin zur konservativen britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Ihnen schlossen sich die proimperialistische AFL-CIO-Gewerkschafts-



Spartakist

Oben: Trotzisten demonstrierten Anfang der 80er-Jahre gegen die konterrevolutionäre Solidarność. Rechts: Solidarność-Führer Walesa (links) betet 1980 mit Werftarbeitern in Gdansk



Der Spiegel

bürokratie [US-Gewerkschaftsdachverband] und antikommunistische Sozialdemokraten wie die SPD an, die als Kanäle für CIA-Gelder fungierten und Solidarność auch anderweitige materielle Unterstützung zukommen ließen.

Die internationale Spartacist Tendenz, Vorläuferin der Internationalen Kommunistischen Liga, stellte die Losung auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ (siehe *Spartakist* Nr. 40, Oktober 1981). Dem antisozialistischen Programm von Solidarność stellten wir die Forderung nach Gewerkschaften entgegen, die von bürokratischer Kontrolle unabhängig sind und auf einem Programm der Verteidigung des kollektivierten Eigentums basieren. Die Forderungen, die in unseren Artikeln erhoben wurden – für die strikte Trennung von Kirche und Staat, für die Kollektivierung der Landwirtschaft, für die Annullierung von Polens Schulden bei den imperialistischen Bankiers, für die militärische Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus, für proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie davonzujagen –, stellten den programmatischen Kern dessen dar, wofür eine trotzkistische internationalistische Avantgardepartei im Kampf zur Verteidigung des polnischen Arbeiterstaates gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration eingetreten wäre. Wir betonten, dass polnische Arbeiter sich die stolzen Traditionen der polnischen kommunistischen Bewegung aneignen müssen. Wir verwiesen auf das Beispiel der internationalistischen jüdischen Kämpferin Rosa Luxemburg, die während der gescheiterten deutschen Revolution 1918/19, zu deren Führung sie zählte, auf Betreiben der SPD ermordet wurde. Wir verwiesen auch auf den Polen Feliks Dzierzynski, Luxemburgs Genosse in der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung, der in die Reihen der russischen Bolschewiki eintrat und nach der Oktoberrevolution die Tscheka führte – die Gesamtrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution, Sabotage und Spekulation.

Unsere Unterstützung dafür, dass der stalinistische General Jaruzelski im Dezember 1981 Solidarność' konterrevolutionären Griff nach der Macht unterdrückte, war eine Anwendung unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen kapitalistische Konterrevolution. Gleichzeitig warnen wir, dass die Stalinisten imstande seien, den polnischen deformierten Arbeiterstaat auszuverkaufen – was sie schließlich 1989/90 taten. Unter dem Eindruck unseres trotzkistischen Programms in Opposition zur Solidarność-Konterrevolution und unseres Kampfes gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 wurden die Militanten der Jungen Linken Bewegung (RML) in Polen zur IKL hingezogen. Das führte zur Gründung der Spartakusowska Grupa Polski (SGP, Spartakist-Gruppe Polen), einer sympathisierenden Sektion der IKL, die bis 2001 existierte. Im Gegensatz zu den polnischen „Linken“, die alle die Solidarność-Konterrevolution bejubelten und unterstützten, entlarvte und bekämpfte die SGP das klerikalistische, nationalistische Programm der kapitalistischen Restauration, für das Walesa, Walentynowicz, Gwiazda, Kuron u.a. von Anfang an eintraten.

Die Pseudolinke läuft immer noch hinter Solidarność her

Bei den letzten Wahlen gab es keinen Kandidaten, der unabhängig von den und gegen die bürgerlichen Parteien und Kandidaten antrat und dadurch die Arbeiterklasse repräsentierte. Trotzdem gaben Gruppen wie Demokratie der Werktätigen (PD), die mit der britischen Socialist Workers Party des verstorbenen Tony Cliff [in Deutschland Linksruck] verbunden ist, nachhaltige Unterstützung für die Präsidentschaftskandidatin Maria Szyszkowska, eine bürgerliche Liberale, die gegen den Irak-Krieg ist. PD teilt die

liberalen antikommunistischen Ansichten von Szyszkowska, die die heutige Solidarność kritisiert, aber die Solidarność der 80er-Jahre lobt. Sie war dagegen, den 31. August zum „Tag von Solidarność“ zu machen und bestand darauf: „Das wäre eine Zurückweisung derjenigen, die bei der Umwandlung verloren haben“, stellte aber gleichzeitig fest: „Ich stelle das Bestreben nach Freiheit vor 25 Jahren nicht in Frage. Ich bewundere z.B. Frau Walentynowicz, Herrn Gwiazda oder den unglücklicherweise von uns gegangenen Jacek Kuron. Sie waren die Pioniere von Solidarność“ (www.senat.gov.pl). Von einem marxistischen Standpunkt aus war jegliche Wahlunterstützung dieser bürgerlichen Kandidatin völlig prinzipienlos. Ihr Wahlprogramm gab nicht einmal vor, für die Arbeiterklasse zu sprechen, ganz zu schweigen davon, dass es irgendetwas Sozialistisches propagiert hätte. Deshalb bedeutete der Aufruf an Arbeiter, Szyszkowska zu wählen, eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter einen politischen Repräsentanten der Bourgeoisie – eine Form der Klassenzusammenarbeit, die Marxisten aus Prinzip ablehnen.

Szyszkowska bekam nicht genügend Unterschriften, um für das Präsidentenamt kandidieren zu können. Sie bekam dann einen Platz auf der Liste der Polnischen Arbeiterpartei (PPP) für die Parlamentswahlen, zog sich aber später von dieser Liste zurück. Alle Gruppen der polnischen „radikalen Linken“ warben dafür, die Kandidaten der PPP zu wählen, die ein politischer Arm der rechten Gewerkschaft Sierpion 80 [August 80] ist.

Sierpion 80 ist eine Abspaltung von einer Gruppe namens Solidarność 80, die von einem gewissen Marian Jurczyk geführt wird. Beim Gründungskongress von Solidarność 1981 war Jurczyk einer der rabiatesten Antikommunisten und erhielt als „radikaler“ rechter Opponent von Walesa ein Viertel der Stimmen. Damals erklärte Jurczyk, dass drei Viertel der stalinistischen Führung Polens in Wahrheit Juden seien, die ihren Namen geändert hätten, und „ein paar Galgen wären nützlich“, um mit diesen „Verrätern an der polnischen Gesellschaft“ fertig zu werden. Sierpion 80 spaltete sich von Solidarność 80 mit der Begründung ab, für „rein ökonomische Kämpfe“ zu sein, neigte aber genauso zu populistischem Nationalismus und wettete: „Es macht keinen Sinn, einen Polen zu unterdrücken, um Italiener, Belgier und Spanier zufrieden zu stellen.“

Der Ursprung für solch reaktionäre Gewerkschaften liegt in der Tatsache, dass mit der Zerstörung des polnischen deformierten Arbeiterstaates Solidarność als Speerspitze für die kapitalistische Konterrevolution ausgedient hatte. Ihr Bauernsektor und viele Intellektuelle setzten sich ab, und Solidarność (und ihre Ableger) ähnelten ihrer sozialen Zusammensetzung nach jetzt eher Gewerkschaften. Wir stellten fest: „Die offizielle Gewerkschaft Solidarność posiert jetzt als Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse, bringt aber gleichzeitig ihre antikommunistische Demagogie auf Hochtouren und macht Annäherungsversuche bei offen faschistischen Kräften“ (*Workers Vanguard* Nr. 614, 13. Januar 1995). Wir stützten uns nur auf den letzten Teil dieser Aussage, als wir in einem Artikel in *Platforma Spartakusowców*, der Zeitung der SGP, 1998 einseitig argumentierten: „Die Funktion von Solidarność hat nichts mit irgendeiner Form von ‚Gewerkschaftertum‘ zu tun, weder ‚militant‘ noch sonstwie.“ Diese Formulierung leugnete fälschlicherweise den Fakt, dass Solidarność sowohl eine Gewerkschaft als auch eine reaktionäre klerikalistische Organisation ist. Solidarność organisiert Arbeiter in der Produktion und führt manchmal defensive ökonomische Kämpfe; gleichzeitig fungiert sie als eine politische Bewegung, die eng mit der katholischen Hierarchie und explizit rechten nationalistischen Parteien verbunden ist.

Fortgesetzt auf Seite 20

Uni-Administration und „Antideutsche“ vereint gegen Spartakisten

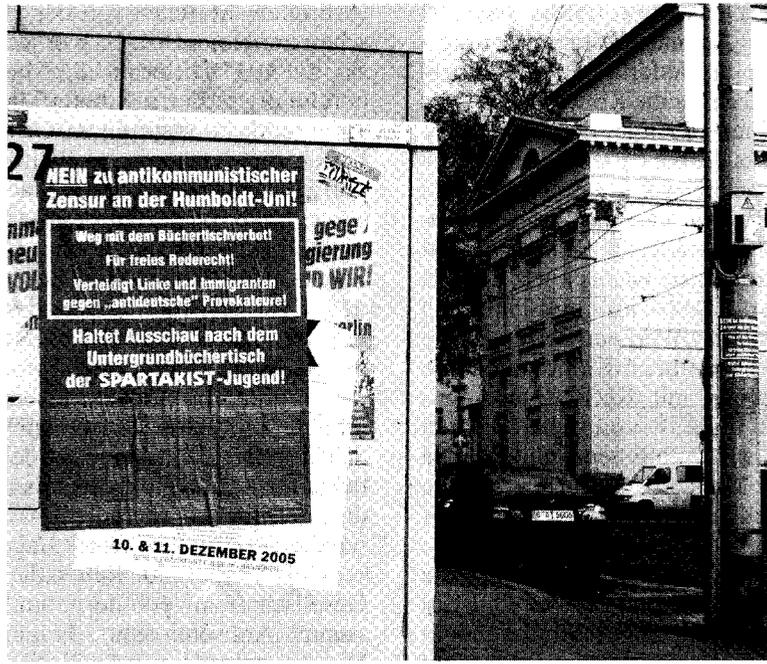
Nein zu antikommunistischer Zensur an der Humboldt-Uni!

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Spartakist-Jugend Berlin vom 30. November 2005 ab.

„Ihr seid doch Antisemits, also Antisemiten!“ rief eine so genannte „Antideutsche“, als wir am 8. November vor dem HU-Hauptgebäude im Rahmen unserer jährlichen Spartakist-Abokampagne marxistische Literatur anboten. Was ihre antikommunistische Hysterie anstachelte, war unsere Zeitung, in der wir unter anderem zur Verteidigung der Palästinenser aufrufen und Freiheit für Mumia Abu-Jamal fordern, ein linker schwarzer Journalist, der in den USA unschuldig in der Todeszelle sitzt. Die junge „Antideutsche“ hatte eine Vertreterin der Uni-Administration und den

„Sicherheits“dienst mit dabei – erprobte Verbündete, wenn es darum geht, Linke vom Campus zu vertreiben. Dr. Angela Bittner vom Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit forderte uns mit Verweis auf das Hausrecht auf, das Gelände der Uni zu verlassen. Wir entgegneten, dass Juden und Kommunisten seit 1945 wieder das Recht haben, an der Humboldt-Uni offen aufzutreten, und dass die Spartakist-Jugend seit 15 Jahren von diesem Recht Gebrauch macht, unter anderem in Form von regelmäßigen Büchertischen. Da wir uns nicht vertreiben ließen, drohte der „Sicherheits“dienst damit, die Bullen zu holen. Damit setzt die Verwaltung ihre lange Tradition von Repression gegen Linke an der Uni fort: So heuerte die Grüne Uni-Präsidentin Dürkop, die die HU nach der kapitalistischen Wiedervereinigung von linken und DDR-Dozenten säuberte, Anfang der 90er-Jahre den ehemaligen SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle an, um sie dabei zu unterstützen.

Die „Antideutschen“ sind antiarabische Rassisten und hassen uns wegen unserer Verteidigung der belagerten Palästinenser gegen den Staatsterror Israels. Ihr Spektrum reicht von offenen Rassisten wie „Redaktion Bahamas“ bis zu Gruppen wie Kritik & Praxis (K&P), die sich als Teil der Linken ausgeben. Sie benutzen einen demagogischen Täuschenspielertrick, um jeden Gegner des unterdrückerischen



Protest-Plakat an der HU Berlin, Dezember 2005

zionistischen Staates Israel als Antisemiten hinzustellen: Sie setzen die Juden gleich mit der hebräischsprachigen Nation und diese wiederum mit dem israelischen Staat. Die Mehrheit aller Juden lebt aber nicht in Israel, sondern in allen anderen Ecken der Welt, und spricht kein Hebräisch. Die hebräischsprachige Nation in Israel ist, wie jede moderne Nation, in Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse gespalten. Und der kapitalistische Staat Israel ist, wie jeder kapitalistische Staat, ein Instrument der herrschenden Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen, insbesondere der Unterdrückung der Arbeiterklasse, aus deren Ausbeutung sie ihre Profite zieht. Der gleiche zionistische Staat, der die hebräischsprachige Arbeiterklasse unterdrückt, diskriminiert sephardische Juden und Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft, terrorisiert mit seiner Militärmaschinerie das palästinensische Volk ... und wird dabei von den „Antideutschen“ bejubelt.

In Israel/Palästina erheben zwei dort lebende Volksgruppen Anspruch auf das gleiche kleine Gebiet – ein Problem, für das es im Rahmen des Kapitalismus keine demokratische Lösung gibt. Entweder die hebräischsprachige Nation unterdrückt die Palästinenser (wie heute) – oder die Bedingungen der Unterdrückung kehren sich um. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht sowohl des palästinensischen Volkes als auch der hebräischsprachigen Nation. Daher kämpfen wir für ein revolutionäres, *internationalistisches* Programm: für die Mobilisierung der hebräischsprachigen Arbeiterklasse *gegen* ihre kapitalistischen Ausbeuter und *für* die Verteidigung der Rechte der Palästinenser! Die hebräischsprachige Arbeiterklasse hat durch ihre Stellung im Produktionsprozess die soziale Macht, das ganze kapitalistische System lahm zu legen, im Gegensatz zu den völlig verarmten Massen in den palästinensischen Ghettos. Nur eine arabisch-hebräische Arbeiterrevolution in der Region kann die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts sowohl

Fortgesetzt auf Seite 22

Verteidigt Linke und Immigranten gegen „antideutsche“ Provokateure!

Antikommunistische Zensur...

Fortsetzung von Seite 21

des palästinensischen Volkes als auch der hebräischsprachigen Nation demokratisch lösen. **Nieder mit Scharons Mauer! Israelische Truppen/Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Verteidigt die Palästinenser gegen israelischen Staatsterror! Stürzt die zionistischen Schlächter, die Scheichs, Mullahs und Obristen durch Arbeiterrevolution! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Die Uni-Administration ist der Arm der herrschenden Kapitalistenklasse an der Uni. Der RefRat (AStA der HU) wiederum arbeitet mit der Uni-Administration eng zusammen. Dieses Duo zeigt mit seinen wiederholten Zensurversuchen gegen uns und andere, dass sie die Kontrolle darüber beanspruchen, welche politischen Ideen an der Uni vertreten sein dürfen und welche nicht. Dabei haben sie klare Vorlieben: „Antideutsche“ Grüppchen wie „liberté toujours“ haben ihre Postadresse beim RefRat und können ihre anti-arabische Propaganda ungestört am Café Krähenfuß anbringen. Die Gruppe „liberté toujours“ war es auch, die den Uni-Streik im Wintersemester 2003/04 als „antisemitisch“ verleumdete. Linken jedoch soll das Wort verboten werden, und missliebige linke Plakate haben beim Krähenfuß keine hohe Lebenserwartung. Nur wer mit RefRat/Uni-Administration politisch auf einer Linie ist und sich von ihren „Fördergeldern“ kaufen lässt, wird von ihnen geduldet. Die Verwaltung will Linken einen Maulkorb aufsetzen, um die HU als „Eliteuni“ respektabel zu machen, und die „Antideutschen“ helfen ihnen dabei.

Bei Protesten der Studierenden gegen Angriffe auf die Bildung zeigt sich besonders deutlich die Rolle der Uni-Bürokraten und der „Antideutschen“. Beim Studierenden-Streik in Hamburg in diesem Jahr schickte Uni-Präsident Lüthje den Streikenden, die am 27. April das Hauptgebäude besetzten, die Bullen des CDU-Senats auf den Hals und erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs; Wasserwerfer wurden aufgeföhren, Studierende eingekesselt und einzelne, besonders Frauen, willkürlich rausgegriffen und misshandelt. Wir beteiligten uns an den Studierenden-Protesten und argumentierten dafür, diese mit den Kämpfen von Arbeitern und Immigranten zu verbinden. Kurz darauf, am 14. Mai, wurden unsere Hamburger Genossen nach ihrer Veranstaltung zum Tag der Befreiung von einem Mob von „antideutschen“ Schlägern attackiert. Wir mobilisierten daraufhin erfolgreich zu einer Aktionseinheit mit anderen Linken im Haus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg, um unsere Veranstaltung zur Verteidigung der Palästinenser zu sichern. Man soll aber nicht glauben, der Berliner SPD/PDS-Senat sei besser: In diesem Jahr gab es eine brutale Razzia gegen das „Summer Of Resistance“-Camp gegen Studiengebühren. Der Vorwand: ein Teilnehmer soll NPD-Plakate beschädigt haben. Das wollte sich der „rot/rote“ Senat nicht bieten lassen! **Kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau! Nieder mit der kapitalistischen Uni-Administration! Hochschulen unter die Kontrolle von Arbeitern, Dozenten und Studenten!**

Die Zensurversuche von RefRat und Uni-Administration gegen Linke müssen im Kontext der allgemeinen Angriffe des kapitalistischen Staates auf die Rechte von Studierenden sowie der Arbeiterklasse und Immigranten insgesamt gesehen werden: Unter der Parole „Krieg gegen den Terror“ sind besonders türkische, kurdische und andere Immigranten mit muslimischem Hintergrund im Fadenkreuz des rassistischen deutschen Staates. Ihrem Dienstherrn treu ergeben, setzte die Uni-Administration 2001 an der Uni die rassistische Rasterfahndung gegen Studenten mit muslimischem Hintergrund um. Die „Antideutschen“ ziehen auf

ihre Art in den „Krieg gegen den Terror“: Unter dem Schlachtruf „Solidarität mit Israel“ starten sie immer wieder rassistische und gewalttätige Provokationen gegen Linke und Immigranten, z. B. marschierten „Redaktion Bahamas“ und andere „Antideutsche“ am 10. Juli 2004 mit Parolen wie „Wer Kreuzberg mag, muss Scheiße sein“ durch Kreuzberg/Neukölln – unter dem Schutz der deutschen Bullen. Wir fordern: **Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Nieder mit der rassistischen Festung Europa!**

Wie kommen nun Leute auf die Idee, dass diese Rassisten Teil der Linken wären? Die Basis dafür ist das weit verbreitete Märchen von der „Kollektivschuld“ aller Deutschen am Holocaust. Es war jedoch die deutsche Bourgeoisie, die 1933 Hitler an die Macht brachte, um die kampfbereite organisierte Arbeiterklasse zu zerschlagen. Und die Arbeiterklasse stellt einen Großteil der deutschen Nation. Durch die verräterische Politik der Führungen von KPD und SPD wurde die soziale Macht der Arbeiter nicht entfesselt, um die Faschisten zum Teufel zu jagen – was Hunderttausend Kommunisten und Sozialdemokraten und Millionen Juden, Roma, Sinti, Sowjetbürger und andere dann in den KZs mit dem Leben bezahlen mussten. Heute, im selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs, kann die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz weiter ungestört ihre Profite einstreichen. Dabei benutzt sie die „Kollektivschuld“, um sich selbst weißzuwaschen. Wie der israelische Schriftsteller Amos Alon schrieb: „Das ritualisierte Lippenbekenntnis zur Schuld dient dazu, dem neuen Nationalismus und dem neuen Fremdenhass ein gutes Gewissen zu verschaffen“ (*New York Times Magazine*, 26. Januar 1997).

Viele Studierende fühlen die Notwendigkeit, etwas in der Gesellschaft zu verändern, um Schluss zu machen mit Rassismus, Antisemitismus, Frauenunterdrückung und Krieg. Die Spartakist-Jugend will diese Studierenden und andere Jugendliche für die Perspektive einer sozialistischen Arbeiterrevolution gewinnen, um den Kapitalismus zu stürzen, der die Wurzel all dieser Übel ist. Um herauszufinden, welches Programm das richtige ist, die Welt zu verändern, ist freier Austausch von Ideen notwendig. Deshalb fordern wir alle politisch interessierten Studenten und Uni-Angestellten auf, sich gegen die antikommunistischen Zensurversuche der Uni-Administration zu stellen! **Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Gegen antikommunistische Zensur, für freies Rederecht! Weg mit dem Büchertischverbot! Verteidigt Linke und Immigranten gegen „antideutsche“ Schläger!**

Die Spartakist-Jugend lässt sich nicht das Maul verbieten: Wir werden unsere politische Arbeit an der Humboldt-Uni fortsetzen! ■



Spartakist-Veranstaltungsreihe in Hamburg

Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!

12. Januar 2006

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

2. Februar 2006

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution

Jeweils Donnerstag, 18.30 Uhr

Curio-Haus, Hinterhaus
Geschäftsstelle der GEW, Raum B
Rothenbaumchaussee 15
(S-Bahn Dammtor)

Weitere Termine bitte erfragen unter: (0 40) 32 36 44

Proletarische Perspektive...

Fortsetzung von Seite 32

während sie sich zur gleichen Zeit Straßenschlachten mit ihr liefern. Vertrauen in den bürgerlichen Staat ist aber eine gefährliche Illusion. Wir hingegen wollen die soziale Macht der Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Bestandteil von Immigranten und ethnischen Minderheiten mobilisieren und die Nazis so zurück in ihre Rattenlöcher treiben. Damit das Bewusstsein von Arbeitern und Immigranten über ihre eigenen Möglichkeiten, mit den Nazis fertig zu werden, geschaffen wird, ist ihre Mobilisierung unabhängig vom bürgerlichen Staat und seinen Agenturen entscheidend. Vor allem heißt das, einen politischen Kampf gegen die Sozialdemokraten von SPD und Linkspartei.PDS zu führen, die die Arbeiterklasse an das kapitalistische System binden.

Was ist Faschismus und wie kämpft man dagegen?

Es ist notwendig, die Faschisten im *Keim* zu zerschlagen, bevor sie zu einer Massenbewegung anwachsen können, wie es in den 20er/30er-Jahren der Fall war. Dafür müssen wir aber die richtigen Lehren aus der Geschichte ziehen. „Der Faschismus ist die Sturmabteilung der Bourgeoisie, sobald ihr die alte, an Legalität und Demokratie gebundene Staatsmaschinerie als untauglich erscheint, sobald sie eine Streitmacht braucht, um den Druck des Proletariats abzuwehren. In dieser Situation schafft sich die Bourgeoisie eine zu allem bereite Kampftruppe und trampelt auf ihrer eigenen Legalität und Demokratie herum, um ihre Macht aufrechtzuerhalten.“ So definierte Leo Trotzki 1924 richtig den Faschismus nach Mussolinis Machtergreifung in Italien drei Jahre zuvor. Die Nazis sind heute im Vergleich zum Ende der 20er- und Anfang der 30er-Jahre eine kleine Minderheit, die zurzeit vor allem Terror gegen Immigranten, ethnische Minderheiten und alle, die nicht in ihr rassistisches Bild passen, betreiben. Um die Organisationen der Arbeiterklasse zentral anzugreifen, wie es die Nazis in der Weimarer Republik taten, sind sie im Moment zu schwach, und die Kapitalisten brauchen sie zurzeit nicht dafür. Doch wenn die Bourgeoisie die Nazis an der Macht braucht, dann zur Zerschlagung und Atomisierung der Arbeiterbewegung.

Trotzki, neben Lenin der Führer der bolschewistischen Oktoberrevolution in Russland 1917, analysierte in seinen Schriften über den Aufstieg des Faschismus in Deutschland die Klassenbasis des Nationalsozialismus. Während Liberale – und die Ideologie heutiger „Antifa-Gruppen“ unterscheidet sich davon nicht – Faschismus im wesentlichen als eine extreme und gewalttätige Form rassistischer Ideologie darstellen, die mit Klassenkampf und Kapitalismus nichts zu tun hat, ist der Faschismus in Wahrheit nur die extreme Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse und Produkt des Todeskampfes des Kapitalismus auf seiner höchsten und letzten Entwicklungsstufe, dem Imperialismus. Daher kann der Faschismus nur besiegt werden, indem der Kapitalismus, der ihn brütet, durch sozialistische Revolution zerstört wird und die Arbeiterklasse ihre eigene Herrschaft errichtet. Als Massenbewegung ist der Faschismus die reaktionäre Mobilisierung des Kleinbürgertums, wenn die kapitalistische Gesellschaft in eine tiefgehende politische und soziale Krise gestürzt wird. Das war in Italien der Fall und auch in Deutschland in den späten 20er- und frühen 30er-Jahren.

Die SPD war verantwortlich für die Unterdrückung des revolutionären Aufstands der Arbeiter 1918/19 und für die Ermordung der KPD-Führung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie wurde die Hauptstütze der kapitalistischen Weimarer Republik.

1923 spitzte sich die Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland unter dem Druck der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen erneut extrem zu. Damit verbunden kam es zu einer Hyperinflation. Es entstand eine außergewöhnliche revolutionäre Situation. Doch die KPD-Führung unter Brandler/Thalheimer zeigte sich unfähig, die Chance für den revolutionären Aufstand zu nutzen, und ließ die beste Möglichkeit, die es bisher für eine Arbeiterrevolution in Deutschland gab, verstreichen, während Stalin in der Kommunistischen Internationale (Komintern) empfahl, die deutschen Kommunisten zurückzuhalten (siehe hierzu: *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001). Die Niederlage der deutschen Revolution ermöglichte es der stalinistischen Bürokratie 1924, die politische Macht in der Sowjetunion an sich zu reißen. Hätte die KPD die Chance genutzt und die Revolution geführt, hätte es den Zweiten Weltkrieg nicht gegeben und auch keinen Holocaust.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 ließ die zerbrechliche soziale und politische Struktur der Weimarer Republik einstürzen. Die Massenarbeitslosigkeit wurde durch die Austeritätspolitik der Regierung noch verstärkt. Die ökonomische Krise richtete nicht nur die Arbeiterklasse zugrunde, sondern auch das Kleinbürgertum, das sich vor den Großkapitalisten fürchtete, gleichzeitig aber auch Angst hatte, in die Arbeiterklasse abzustürzen. Zehntausende von Kleinbauern und Ladenbesitzern wurden in den Ruin getrieben; Beamte und Angestellte wurden das erste Mal in ihrem Leben entlassen, während den Studenten jede ökonomische Zukunft genommen wurde. Unter diesen Bedingungen stiegen die Nazis zur Massenpartei auf und richteten die Verzweiflung des Kleinbürgertums gegen die Arbeiterbewegung. Hitler und seine Schläger kombinierten Angriffe auf jüdische Bankiers, denen sie mit ihrer antisemitischen Demagogie die Schuld an Deutschlands ökonomischem Ruin gaben, mit mörderischer Gewalt gegen die sozialdemokratische und die kommunistische Massenpartei und die Gewerkschaften.

Im Januar 1933 übergaben die entscheidenden Teile des deutschen Kapitals die Regierungsmacht an die Nazis, um die sich im Verfall befindende bürgerliche Ordnung zu stabilisieren und eine sozialistische Revolution zu verhindern. Die Arbeiterklasse wollte kämpfen, wurde aber von ihrer Führung, KPD wie SPD, schmachvoll verraten. Das Wachstum und die Machtübernahme der Nazis wurden von den beiden Arbeiterparteien auf verschiedenen Wegen ermöglicht. Die SPD unterstützte, alles Geschwätz von Reform

Fortgesetzt auf Seite 24



Peter Homann

Potsdam, 5. November: Polizei-Angriff auf autonome Antifaschisten, die versuchen, Nazi-Aufmarsch zu stoppen

**Leo Trotzki,
Gründer der
Roten Armee.
Gemeinsam
mit Lenin
Führer der
siegreichen
proletarischen
Oktoberrevolution
von 1917**



Penguin Books

Proletarische Perspektive...

Fortsetzung von Seite 23

aufgebend, die Regierungspolitik, die die Massen immer weiter verelendete. Die radikaleren Teile der Arbeiterklasse hatten sich, von der Russischen Revolution inspiriert, in der KPD organisiert. Die stalinisierte KPD unter der Führung von Thälmann und von Stalins Komintern nahm eine ultralinke Pose ein und setzte die Sozialdemokraten mit den Nazis gleich. Sie nannte die SPDler „Sozialfaschisten“. So stieß sie die sozialdemokratischen Arbeiter ab, die gegen die Nazis kämpfen wollten, aber noch nicht bereit waren mit ihrer Partei und ihren Führern zu brechen. Damit wischte die KPD-Führung den Widerspruch weg, den Trotzki 1929 anhand der österreichischen Sozialdemokratie aufzeigte und den es auszunutzen galt: „Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muß ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen. Die österreichische Sozialdemokratie tut, was sie kann, um ihm diese chirurgische Operation zu erleichtern.“

Trotzki und die trotzkistische Linke Opposition agitieren für Einheitsfrontaktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Nach dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ einigt man sich auf die gemeinsame militärische Verteidigung der Arbeiterbewegung gegen die Nazi-Terrortruppe bei völliger Freiheit der Propaganda und Kritik. So können die sozialdemokratischen Arbeiter auch in der Praxis prüfen, welche Führung die bessere ist. In einzelnen Städten wie Oranienburg, Erkenschwick oder Bruchsal gelang es den Trotzkiisten, solche Einheitsfronten zu verwirklichen. Trotzki's taktische Perspektive der Arbeitereinheitsfront gegen die Nazis basierte darauf, dass die grundlegende Frage, die anstand, der Kampf für die sozialistische Revolution war: die Übernahme der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse. Das Programm Trotzki's war der Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Das war die einzige Perspektive den Faschismus wirklich zu beseitigen, weil es die Ursache des Faschismus, den Kapitalismus, beseitigt. Bis 1933 orientierte sich Trotzki's Internationale Linke Opposition darauf, die Kommunistische Internationale zum authentischen bolschewistischen Programm zurück zu gewinnen. Als sich aber keine Sektion der Komintern gegen Stalins Politik opponierte, die Hitlers Nazis erlaubt hatte, ohne irgendeine ernsthafte Gegenwehr an die Macht zu kommen, erklärte Trotzki die Komintern als revolutionäre Organisation für tot und rief dazu auf, die Vierte Internationale aufzubauen.

Volksfront – keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Stalins Komintern wechselte nach der fürchterlichen Niederlage in Deutschland von einem ultralinken Kurs hin zur Volksfront. Die „Volksfront“ ist eine Koalition von Organisationen des Proletariats mit der Bourgeoisie in Ge-

stalt einer liberalen Partei oder ähnlichem. Die Koalition kann sich sowohl auf das parlamentarische als auch auf das außerparlamentarische Gebiet erstrecken. Auf beiden Gebieten schränkt die Bourgeoisie durch ihre Agenten die Arbeiterklasse ein, während sie selbst volle Handlungsfreiheit behält. Als der Komintern-Vorsitzende Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß 1935 den Faschismus als die Herrschaft des reaktionärsten Teils der Finanzbourgeoisie definierte, leugnete er damit einerseits die Massenbasis des Faschismus im Kleinbürgertum und legte andererseits die Basis dafür, Volksfronten zustande zu bringen, und sei es mit einem erbärmlichen Schatten der Bourgeoisie.

Im spanischen Bürgerkrieg führte die Volksfrontpolitik direkt in die größte Katastrophe. Mit dem Argument, zuerst den Krieg gegen Franco gewinnen zu müssen und deshalb den Status quo – die bürgerliche Demokratie und die Herrschaft der Kapitalisten und das Privateigentum an Land und Produktionsmitteln – aufrechtzuerhalten, wurde der Kampf gegen die Kapitalisten auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Kraft beraubt. Weil die Fabriken nicht enteignet wurden, war die Frage der Bewaffnung und Versorgung der Front gegen Franco ein Problem. Die kapitalistischen Ausbeuter und Großgrundbesitzer verteidigen zu müssen, demoralisierte die Arbeiter und Bauern, die gegen Franco kämpften. Gleichzeitig verhinderte diese Politik die revolutionäre Zersetzung der Franco-Truppen, die zu einem Gutteil aus marokkanischen und armen Bauern bestanden. Genauso das räuberische Festhalten an den Kolonien. Trotzki erklärte: „Indem sie die Arbeiter und Bauern durch parlamentarische Illusionen einschläfert, ihren Kampfwillen lähmt, erzeugt die ‚Volksfront‘ die günstigsten Bedingungen für den Sieg des Faschismus. Die Politik der Koalition mit dem Bürgertum muss die Arbeiterklasse mit Jahren neuer Qualen und Opfer, wenn nicht mit Jahrzehnten faschistischen Terrors bezahlen“ („Der neue revolutionäre Aufschwung und die Aufgaben der 4. Internationale“, Juli 1936). Trotzkiisten kämpften dagegen für die sozialistische Revolution und den Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und seiner Armee, deren Ersetzung durch die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Errichtung ihrer eigenen Herrschaft: Dies stellte die einzige Garantie dar, dass Franco nicht an die Macht kommen würde.

Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat

Die Antifa-Gruppen trennen als Ein-Punkt-Organisationen den „Kampf gegen den Faschismus“ vom Kampf gegen den Kapitalismus und lehnen oft die Organisation in breiteren politischen Organisationen ab. Mit ihrer Beschränkung auf die Verteidigung des Status quo setzen sie die Niederlagenstrategie der Volksfront fort. Da ruft man schon mal zu Regierungsfeierlichkeiten wie denen zum 8. Mai 2005 mit auf, wie es die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) tat, und feiert es dann als Sieg, dass die Bullen an diesem Tag den Nazis den Weg nicht frei prügeln. Doch die Nazis durften an diesem Tag nur deshalb nicht durchs Brandenburger Tor laufen, weil dies schlecht für das Image des deutschen Imperialismus gewesen wäre.

Tatsächlich aber ist es der bürgerliche Staat – Gerichte und Polizei – der die Nazis immer wieder gegen die berechnete Wut ihrer Gegner schützt. Die Farce von Schilys Versuch, die NPD zu verbieten, zeigte plastisch, dass diese Nazis von Agenten des bürgerlichen Staates geführt und bezahlt werden. Der bürgerliche Staat schürt Rassismus mit dem so genannten „Krieg gegen Terror“, der der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Immigranten und ethnischen Minderheiten mit arabischem/muslimischem Hintergrund dient, was insbesondere Türken, Kurden und hier lebende Palästinenser treffen soll. Dies gehört zur Teile-und-herr-

Wiedervereinigung verschärfte Nazi-Terror

Die kapitalistische Wiedervereinigung führte zu einem Anstieg des Nazi-Terrors. Aber sie war bei weitem nicht unvermeidbar, denn im Herbst 1989 gab es eine breite prosozialistische Stimmung in der ostdeutschen Arbeiterklasse und es entwickelte sich eine proletarisch-politische Revolution. Wir intervenierten mit aller Kraft unserer Internationale, um eine revolutionäre Führung aufzubauen. Am 3. Januar 1990 kam es zu einer Einheitsfrontkundgebung in Ostberlin. Nach der Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park mobilisierten wir Spartakisten vor Fabriken und Kasernen, sowohl sowjetischen als auch denen der NVA, für eine Protestkundgebung. Dies wurde von der SED-PDS aufgegriffen und es entwickelte sich ein politischer Kampf zwischen Trotzismus und stalinistischer Politik von Klassenkollaboration und Ausverkauf der DDR. 250 000 Arbeiter und Soldaten konnten bei dieser prosozialistischen, prosozialistischen Demonstration das trotzkistische Programm der gegen die stalinistische Bürokratie gerichteten politischen Revolution und unseren Kampf für die Macht von Arbeiter- und Soldatenräten im Kontrast zur SED-PDS.

Die Sprecherin der Spartakisten rief auf zu „militante[n] Mobilisierungen der Werktätigen, einschließlich der eingewanderten Arbeitergenossen aus Vietnam, Polen und Mocambique, um die faschistischen Bestien zu stoppen und zu zerschlagen, wenn sie noch klein sind“. Dies war Teil unseres Programms der Verteidigung der Errungenschaften der DDR und ihrer Ausweitung auf Westdeutschland, d. h. die Bourgeoisie von Auschwitz durch sozialistische Revolution zu stürzen. Zu den Volkskammerwahlen im März kandidierten wir unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Wir sind die einzige Organisation, die gegen die Konterrevolution gekämpft hat. Die gesamte Linke akzeptierte den An-



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Spartakist-Sprecherin vor 250 000 Arbeitern und Soldaten bei Einheitsfrontkundgebung gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals

schluss der DDR an das kapitalistische Westdeutschland und damit die Zerstörung der Errungenschaften der DDR. Dies war begleitet von einer Welle von Nazi-Terror, der in den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock und mörderischen Brandanschlägen wie in Mölln und Solingen gipfelte, wobei die Polizei den Nazi-Mob in Rostock unterstützte.

„Autonome Antifa“-Gruppen wurden in Treptow nicht gesehen. Die Arbeiterklasse im Westen wie im Osten verachtend, waren sie zu Zeiten der in der DDR beginnenden politischen Revolution abgetaucht. Politisch gelähmt wie das Kaninchen vor der Schlange reagierten diese liberalen selbst ernannten „radikalen Linken“ auf die kapitalistische Wiedervereinigung mit hilflosen Sprüchen wie „Nie wieder Deutschland“. Erst im Mai 1990, als alles gelaufen war, gab es eine größere Demonstration von diesem Spektrum, die nichts weiter war als ein Ausdruck des völligen politischen Bankrotts, *nachdem* die Bourgeoisie von Auschwitz die DDR geschluckt hatte.

sche-Politik der Kapitalisten, die damit die Arbeiterklasse entlang ethnischer Linien spalten wollen.

Linke Organisationen verbreiten massiv Illusionen, dass der bürgerliche Staat neutral sein könnte oder gar auf der Seite der Opfer des Nazi-Terrors stehen würde, wie die erzreformistische MLPD, die das „Verbot aller faschistischen Organisationen“ fordert. Linksruck zeigte sich entrüstet: „Statt Nazi-Verbrecher, bekämpfte die Polizei Menschen, die gegen ein Verbrechen, den Krieg, protestieren“ (*Linksruck*, 13. April 2005). Gesetze, die vom bürgerlichen Staat unter dem Vorwand erlassen werden, sich gegen „Extremismus“ zu richten, werden immer gegen die Linke und Arbeiterbewegung eingesetzt werden. Deshalb sind solche Verbotsforderungen selbstmörderisch. Aber nicht nur die Reformisten verbreiten diese Illusionen. Auch und gerade die Göttinger Antifa, die sich gern militant gibt, beschwerte sich: „Eine Sprecherin der A.L.I. beschuldigte die Polizeiführung, nach

Ende der Neonaziveranstaltung offenbar falsche Prioritäten gesetzt zu haben“, denn „Polizeieinheiten in Göttingen [hatten] nichts Besseres zu tun, als Jagd auf ‚schwarz gekleidete‘ Menschen zu machen. Während den abreisenden Nazigruppen ‚freie Bahn‘ signalisiert wurde, ...“ Das ist aber genau das, wofür die Bullen und der bürgerliche Staat da sind. Eine Erklärung von Berliner Antifa-Gruppen „Keine Homezone für Faschisten!“ vom 4. November zeigt sich weinerlich darüber, „dass die Rechtsextremisten nicht wirklich behindert werden. Die Berliner Polizei hat sich inzwischen einen neuen Feind ausgesucht – die antifaschistische Szene der Stadt.“ Tatsächlich ist es nicht ein neuer Feind, sondern ihr alter, und die Bullen waren nie Feinde der Nazis. Die Bullen des SPD/PDS-Senats haben über den Sommer diverse Antifa-Veranstaltungen und -Partys terrorisiert und auch Wohnungen durchsucht. In welche Demoralisierung und Passivität

Fortgesetzt auf Seite 26

Proletarische Perspektive...

Fortsetzung von Seite 25

dieses Vertrauen, das hinter solchen Erklärungen steht, führen kann, zeigten „AntifaschistInnen aus Köln“ in dem Bericht „Naziblamage in Köln und Bonn“ (Indymedia, 19. November). Sie argumentieren dafür, Nazi-Aufmärsche „die gebührende Nichtbeachtung zuteil werden“ zu lassen, da das „in Zeiten, in denen die Polizei hier oft bessere Antifarbeit leistet, durchaus sinnvoll ...“ sei.

Hier wird offensichtlich, dass trotz der Konfrontationen mit der Polizei, der Hausdurchsuchungen und endlosen Gerichtsverfahren gegen Linke das Märchen geglaubt wird, der demokratische bürgerliche Staat könnte in irgendeiner Weise antifaschistisch sein, wenn man nur genügend moralische Empörung verbreitet und ihn nach „links“ drückt. Doch der kapitalistische Staat ist ein Instrument zur Durchsetzung und Verteidigung der Klasseninteressen der Bourgeoisie und verteidigt deshalb die Faschisten als ihre Reservearmee gegen das Proletariat.

Das kapitalistische Westdeutschland war so, wie es jetzt das wiedervereinigte Deutschland ist, der selbst ernannte Nachfolgestaat des Dritten Reiches. Diejenigen, die in Nazi-Deutschland das Sagen hatten, hatten es auch in Westdeutschland. Die Kontinuität der deutschen Bourgeoisie ist ungebrochen, man erinnere sich nur an den „Arisierer“ und Deutsche-Bank-Manager Hermann Josef Abs oder die unzähligen Nazis, die den BND, die Polizei, das BKA und die Bundeswehr wieder aufbauten. „Antifaschisten“, die Illusionen darin säen, dass der bürgerliche deutsche Staat irgendwas ernsthaft gegen Nazis tun würde, sind nichts als die Hofnarren der deutschen Bourgeoisie und entwerfen jeden ernsthaften Kampf gegen die braune Pest, die nicht zu trennen ist von der Bourgeoisie, die sie mal mehr, mal weniger braucht.

„Autonome Antifa“ und die Arbeiterklasse

Antifa-Gruppen haben sich das Symbol von Thälmanns „Antifaschistischer Aktion“ der 30er-Jahre zu Eigen gemacht. Die AA war aber eine mit der KPD politisch eng verbundene Arbeiterorganisation, die dabei versagte, die Nazis zu stoppen. Tatsächlich haben die meisten heutigen Antifa-Gruppen für die Arbeiterklasse nichts als Verachtung übrig. Sie teilen und fördern die Lüge der deutschen Bourgeoisie und der anderen Imperialisten von der Kollektivschuld des „deutschen Volkes“, das verantwortlich sei für den Völkermord an Juden und Sinti/Roma und für die anderen Nazi-Gräueltaten. Wenn aber alle gleichmäßig verantwortlich sind, dann ist es am Ende keiner mehr. Welch ein wunderbares Geschenk an die deutsche Kapitalistenklasse, die Hitler an die Macht brachte, um die Arbeiterbewegung endlich

zerschlagen zu können und die Revolution zu verhindern. Hitler und Co. waren das Werkzeug der deutschen Bourgeoisie, die wieder versuchte, ihre Welteroberungspläne in die Realität umzusetzen. Auch deshalb mussten die Organisationen der machtvollen deutschen Arbeiterklasse zerschlagen und ihrer Führung beraubt werden, durch endlosen brutalsten Nazi-Mord und -Terror.

Die Kollektivschuld-Lüge stellt der deutschen Bourgeoisie genau den Persilschein aus, den sie braucht, um sich ideologisch wieder aufzurüsten für ihren nächsten Kampf um die Aufteilung der Welt, und sie fesselt die Arbeiterklasse genau an diese mörderische Bourgeoisie. Die bürgerliche Ideologie von der Kollektivschuld wird von so unterschiedlichen Organisationen wie dem antiimperialistischen Gegeninformationsbüro, diversen stalinistischen und pseudotrotzkistischen Organisationen geteilt. Wer in der Linken glaubt, den Faschismus bekämpfen zu können und auf die Arbeiterklasse spucken zu können, hat nicht verstanden, worum es beim Kampf gegen den Faschismus geht. Die Arbeiterklasse als wesentlichsten Faktor im Kampf gegen den Faschismus abzuschreiben führt zwangsläufig dazu, sich anderswo „Verbündete“ zu suchen, seien es die Bullen, Pfaffen, diese oder jene kapitalistische Regierung.

Dass die Nazis breite Unterstützung in der Arbeiterklasse hatten, gehört zu einer weit verbreiteten Lüge von Sozialdemokraten und Stalinisten. Diese Lüge dient dazu, die Arbeiterklasse ideologisch zu knebeln, und im Fall von Stalinisten und Sozialdemokraten, ihre eigene Verantwortung dafür, dass die Nazis an die Macht kommen konnten, zu leugnen. Marlis Steinert hat in ihrem Buch „Hitlers Krieg und die Deutschen“ (1970) gezeigt, dass es in der Arbeiterklasse trotz massiven Terrors seitens der Nazis immer wieder Widerstand gegen die Nazis, gegen den Krieg und gegen die Verfolgung der Juden gab. Die Nazis setzten alle ideologischen und terroristischen Mittel ein, dass es nicht wieder einen November 1918 geben würde, das heißt einen revolutionären Aufstand der Arbeiter und Soldaten. Aber nicht nur die Nazis und die deutsche Bourgeoisie befürchteten dies, sondern auch die sozialdemokratischen Führer. Vorausschauend bat Fritz Tarnow, SPD- und ADGB-Bürokrat, im Mai 1939 den amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL, wohl wissend um dessen Verbindungen zu US-Geheimdiensten, um Unterstützung der Untergrundarbeit des ADGB, um später eine Revolution zu verhindern: „Wir wissen aus den Erfahrungen kurz nach dem Weltkrieg nur zu gut, welche Verwirrung bei den Massen eintreten kann, wenn ein Staatsregime zusammenbricht, besonders wenn damit auch ein ökonomischer Zusammenbruch verbunden ist. Deswegen sind wir uns klar darüber, daß nach dem Sturz des Hitlerregimes sofort die kommunistische Gefahr sehr groß werden kann...“

Genau dies geschah dann auch beim Zusammenbruch des Nazi-Regimes, als Gewerkschafter die Betriebe übernahmen und die Nazis vertrieben. Anfang 1947 gab es riesige Demonstrationen im Ruhrgebiet, an denen hunderttausende Arbeiter teilnahmen. Die Arbeiter forderten die entschädigungslose Enteignung des Bergbaus, der Stahl- und der Chemieindustrie und die öffentliche Kontrolle der Lebensmittelverteilung, die sich in den Händen der alliierten Besatzungsmächte befand. Als sich die Streiks ausweiteten, erklärten britische, französische und US-Kommandanten diese für illegal und drohten mit der Todesstrafe gegen streikende Arbeiter. Das macht deutlich, dass Nazis und Sozialdemokraten die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse richtig eingeschätzt hatten. Dass alle Parteien, außer der stalinistischen KPD, in ihren Programmen papierne Zugeständnisse an den Sozialismus und die Enteignung der Schlüsselindustrien machen mussten, ist ebenso ein Ausdruck von dieser revolutionären Stimmung. Nur eine revolutionäre Partei fehlte, die

SPARTAKIST Deutsche Ausgabe SOMMER 1998

**Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“
und deutscher Imperialismus**

Die Roten Armee zerschlug das Naziregime!

SPARTAKIST

Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über die
Kontaktadresse



dieser Stimmung organisatorischen Ausdruck und ein Programm geben konnte; und Versuche, eine solche trotzkistische Partei aufzubauen, wurden sowohl von den imperialistischen Besitzern als auch von den Stalinisten unterdrückt. Die Lüge von der Akzeptanz der Nazis durch die Arbeiterklasse ist die Geschichtsschreibung der herrschenden Klasse und ihrer sozialdemokratischen und stalinistischen Lakaien.

Die rassistischen „Antideutschen“ sind völlig auf die andere Seite der Klassenlinie gewechselt. Ihren provokatorischen Charakter zeigten sie deutlich, als sie im Januar 2004 in Hamburg bei einer Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch versuchten, mit US- und Israel-Fahnen die Demo zu übernehmen, und damit das Eingreifen der Bullen gegen die Demo provozierten. Oder im Sommer 2004 provozierten sie mit einem rassistischen Marsch durch Berlins Immigranten-Bezirk Kreuzberg und Neukölln, eine Provokation die seinerzeit Innenminister Schily (SPD) wohl Freudentränen entlockte, passte sie doch so punktgenau in die rassistische staatliche Kampagne gegen Immigranten oder ethnische Minderheiten mit arabischem oder muslimischem Hintergrund.

Das proimperialistische „antideutsche“ Pack lobpreist gleichberechtigt mit der Sowjetunion deren „demokratische“ imperialistische Alliierten, die angeblich den Faschismus in Deutschland bekämpft hätten. Schwachsinn. Was ist mit den französischen Kollaborateuren der Nazis, die ihre jüdische Bevölkerung auslieferten, was mit den rassistischen US-Herrschern, die das System der Segregation der schwarzen US-Bevölkerung bis in die 60er-Jahre offiziell aufrechterhielten und die schwarze und auch ihre eigene jüdische Bevölkerung dem faschistischen Klan-Terror aussetzten. Warum öffneten die amerikanischen Imperialisten nicht ihre Tore für die verfolgten Juden Europas am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, wie die amerikanischen Trotzkisten dies forderten? Warum bombardierten sie die Arbeiterviertel



Spartakist-Kontingent bei Demonstration zum Gedenken an den 60. Jahrestag der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee

der Großstädte, aber nicht die Bahnstrecken zu den Vernichtungslagern?

Die Ehre, die Nazis besiegt zu haben, gebührt *einzig und allein* dem degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und seiner Roten Armee, die die Hauptlast des Kampfes trugen, Titos kommunistischen Partisanen, den heldenhaften jüdischen und Widerstandskämpfern aus der Arbeiterbewegung, unter denen Trotzkisten vielfach in der ersten Reihe standen, wie z. B. beim Aufstand im Warschauer Ghetto 1943. Der amerikanische, britische und französische Imperialismus kämpften im Zweiten Weltkrieg, genauso wie der deutsche und japanische, für ihre eigenen imperialistischen Interessen bei der Neuaufteilung der Welt. Für den britischen und den US-Imperialismus war der „Kampf gegen die Nazis“ nichts weiter als ein Mittel, ihre eigene Bevölkerung für ihren imperialistischen Krieg zu mobilisieren, und die Eröffnung der „zweiten Front“ in der Normandie diente nur dazu, möglichst viel von Europa vor der Roten Armee zu erobern, um den Kommunismus einzudämmen. Revolutionäre konnten im Zweiten Weltkrieg nur die Seite der Sowjetunion einnehmen, welche wir Trotzkisten, trotz und gegen Stalin, bedingungslos militärisch verteidigten. Die Sowjetunion verteidigen hieß, das verstaatlichte Eigentum zu verteidigen, das in Folge der Oktoberrevolution errichtet wurde. Nur der Krieg der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland war ein progressiver Krieg.

Für Arbeiter-/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!

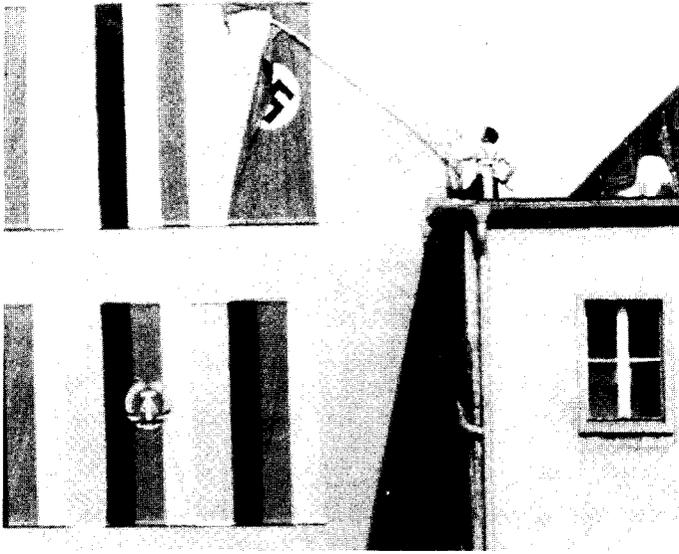
Das *Neue Deutschland* vom 14. November 2005 berichtete, dass für die Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Halbe die IG Metall drei Busse mit Auszubildenden des Stahlwerks Eisenhüttenstadt mobilisierte. Diese Mobilisierung von jugendlichen Stahlarbeitern wie auch der Aufruf von ver.di Berlin zur Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 3. Dezember in Berlin-Johannisthal sind Ausdruck der in der Arbeiterklasse gefühlten Notwendigkeit, die Nazis zu bekämpfen aus dem Wissen heraus, dass die Nazis tödliche Feinde der organisierten Arbeiterbewegung sind. Aber wie in Halbe werden solche Mobilisierungen nur dazu genutzt, jeden effektiven Kampf gegen den Nazi-Ab-schau zu verhindern. So war die Demonstration am 3. Dezember in Berlin sehr frustrierend für die meisten Teilnehmer, da der Demoleitung gegenüber einem großen Polizeiaufgebot nichts anderes einfiel, als zum „Tanzen gegen Nazis“ aufzurufen, während diese ungehindert ihre Pro-

Fortgesetzt auf Seite 28



RP-Foto: Martin Kempner

Solingen 1993: Nazi-Brandanschlag drei Nächte nach Abschaffung des Asylrechts durch SPD, CDU, FDP



Spartakist

Berlin, Juni 1992: Spartakisten rissen Nazi-Fahne einer „Kunst“ausstellung am Brandenburger Tor runter

Proletarische Perspektive...

Fortsetzung von Seite 27

vokation durchziehen konnten. So etwas kann nur demoralisieren.

Arbeiter-/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazis zu stoppen sind etwas fundamental anderes als die volksfrontartigen Mobilisierungen in Halbe oder am 3. Dezember in Berlin. Ethnische Minderheiten insbesondere türkischer und kurdischer Herkunft sind in Deutschland ein zentraler Bestandteil der Arbeiterklasse. Sie stellen in den wichtigen Industrien einen großen Teil der Arbeiterschaft und sind oft mit den militanteren Traditionen ihrer Herkunftsländer verbunden. Auch sind die Illusionen in die Sozialdemokratie oft geringer, da die vielfältige rassistische Diskriminierung mehr Sinn für die Realität dieser kapitalistischen Ausbeutergesellschaft gibt. Wir wollen gewerkschaftlich organisierte, disziplinierte, kämpferische Kontingente von Arbeitern gemeinsam mit allen potenziellen Opfern der Faschisten, politisch unabhängig vom bürgerlichen Staat, zu dem Ort und zu der Zeit mobilisieren, wo die Nazis sich versammeln wollen und sie stoppen. Mobilisierungen dieser Art wurden in den USA von unserer größeren Schwesterorganisation, der Spartacist League/U.S., wiederholt initiiert und durchgeführt, wie zum Beispiel im Oktober 1999 in New York City gegen den mörderischen KKK.

Militante Antifa-Gruppen versuchten in der Vergangenheit oft, ihr Umfeld zu dem Treffpunkt der Nazis zu mobilisieren. Sie werden aber immer öfter einfach von der Polizei weggeräumt oder kommen überhaupt nicht erst dahin, weil alles weiträumig abgesperrt ist. Es klappt auch nicht, dies in kleinen Gruppen von ein paar Linken umzusetzen. Wenn tausende entschlossene und disziplinierte Arbeiter, mobilisiert in Kontingenten aus den Betrieben, versuchen die Nazis zu stoppen, dann werden wahrscheinlich auch die Knüppelgardien des bürgerlichen Staates es sich genauer überlegen, eine solche Mobilisierung einfach auseinander zu prügeln. Denn dies könnte am nächsten Tag in den Betrieben zu Unruhen führen und zu Solidarierungen mit den Arbeitern bis hin zu Streiks. Wenn die Arbeiter in einer solchen Mobilisierung die Nazis stoppen, dann würde dies auch das Bewusstsein der Arbeiter in ihre eigene soziale Macht wesentlich steigern. Gewerkschaftliche Ordnertrupps einer solchen Mobilisierung könnten der Keim von Arbeitermilizen sein, die dafür sorgen, dass Immigrantenviertel, Streikpostenket-

ten und Demonstrationen wirksam vor faschistischen Banden und rassistischem Terror geschützt werden.

Der Kampf gegen die Nazis findet nicht auf Parlamentstribünen oder in Sonntagsreden statt, sondern auf der Straße. Voraussetzung einer Mobilisierung, die Nazis zu stoppen, ist ein politischer Kampf in den Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, die Klassenkollaboration und Vertrauen in den bürgerlichen Staat und die „Demokratie“ predigt, während die Sozialdemokraten, egal ob SPD oder Linkspartei.PDS, in der Regierung Hartz IV und Agenda 2010 durchsetzen und die Arbeiterklasse auf allen Ebenen angreifen und den Widerstand dagegen zu desorganisieren suchen. Trotzdem sucht die Arbeiterklasse nach Wegen, dagegen zu kämpfen, wie die aktuellen Proteste in Krankenhäusern, gegen Betriebsschließungen usw. immer wieder zeigen. Zentral ist also die Frage der Führung der Arbeiterklasse. Um die verrottete sozialdemokratische Führung zu ersetzen, braucht es einen bewussten Kern, eine revolutionäre Avantgardepartei nach dem Muster von Lenins Bolschewiki. Es gibt keinen anderen Weg.

Wir müssen darum kämpfen, die Nazis im Keim zu zerschlagen. Der parlamentarische Kretinismus der Linken und die endlosen Angriffe auf die Arbeiterklasse wie Hartz IV usw. durch Volksfrontregierungen wie die SPD/Grünen-Regierung und die CDU/SPD-Koalition oder durch den „linken“ SPD/PDS-Senat in Berlin lässt die Nazis nur weiter wachsen und schwächt die Arbeiterbewegung. Der rassistische Abschaum der Nazis versucht sich durch und durch verlogen als eine „radikale Lösung“ oder gar als „revolutionäre Sozialisten“ darzustellen, während sie tatsächlich rassistische Schläger und Mörder für die deutsche Bourgeoisie sind, die hinter dem Sozialkahlschlag steht und verantwortlich ist für Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit. Der Aufbau und die erneute Herausbildung der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse, einer Partei, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann, ist dringend notwendig und der einzige Weg, Faschismus wirklich zu bekämpfen, d.h. den Kapitalismus durch sozialistische Revolution zu stürzen. Diese Partei aufzubauen, die die richtigen Lehren aus dem Verrat von KPD und SPD 1933 zieht, haben wir Spartakisten uns verpflichtet. Arbeiter, Jugendliche und Immigranten, die Faschismus, Rassismus und Kapitalismus bekämpfen wollen müssen sich die Lehren der Arbeiterbewegung zu Eigen machen. Der Trotzismus, der Marxismus unserer Zeit, kann den Weg zu einer Welt ohne Unterdrückung, Rassismus und imperialistischen Krieg weisen. ■

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 22, Sommer 2001

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist*
enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



Frankreich: Freiheit für die verhafteten Jugendlichen!

Rassistische Bullen provozierten massive Jugendrevolte

Der folgende Artikel basiert auf einem Flugblatt, das unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France (LTF) am 5. November 2005 herausgaben.

Am 27. Oktober wurden zwei Jugendliche afrikanischer Abstammung, Ziad Benna und Bouna Traoré, in einem Umspannwerk, wo sie vor einer Polizeirazzia in Clichy-sous-Bois bei Paris Zuflucht gesucht hatten, durch Stromschlag getötet. Über eine Woche lang standen Immigrantens- und Minderheitenghettos und -wohnviertel in Flammen. Tausende von Autos sowie einige Supermärkte und Geschäfte brannten aus. Der beispiellose Aufruhr der Vorstadtghettos flackerte auch im Stadtzentrum von Paris auf und weitete sich auf Vorstädte in ganz Frankreich aus, und darüber hinaus. Autos wurden vor dem Hauptbahnhof in Brüssel und in einem Arbeiterviertel von Berlin in Brand gesetzt.

Die französische Regierung heizt die Empörung weiter an. Über die brodelnden Ghettos wurde der Ausnahmezustand verhängt mit weitreichenden Polizeimaßnahmen. Etwa 10 000 Polizisten wurden eingesetzt und mehr als 1200 Jugendliche wurden verhaftet, von denen einige bereits zu monatelangen Haftstrafen verurteilt wurden. Wir fordern die **sofortige Freilassung aller inhaftierten Jugendlichen und das Fallenlassen aller Anklagen! Nieder mit dem rassistischen Polizeiterror gegen Jugendliche in den Immigrantenghettos!** Wir lehnen auch Vigi Pirate ab, einen Plan, der gemeinsame rassistische Patrouillen von Polizei und Armee auf Bahnhöfen, Metrostationen und Flughäfen vorsieht und der jetzt schon seit fünf Monaten auf „Alarmstufe rot“ läuft.

Zum Ausbruch kam es erstmals in Clichy-sous-Bois, einem heruntergekommenen Ghetto mit einer Bevölkerung, die hauptsächlich aus Immigranten besteht und aus französischen Jugendlichen, die von Immigranten abstammen. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt dort bei 25 Prozent; in Wirklichkeit sind wahrscheinlich über 50 Prozent der Jugendlichen dort arbeitslos. Kein Wunder, dass Clichy explodierte. Die Bourgeoisie hat diesen Jugendlichen nicht viel anzubieten außer Polizeipatrouillen, Gefängnis und Tod – in manchen Gefängnissen haben an die 80 Prozent der Insassen einen muslimischen Hintergrund, während Muslime weniger als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Frankreichs ausmachen.

Eine jüngste soziologische Untersuchung dokumentiert „Apartheid an Schulen“, wobei mittlerweile rassistische Absonderung an weiterführenden Schulen noch ausgeprägter

ist als bei der Wohnungssuche. Dementsprechend haben diese Jugendlichen wenig bis gar keine Aussicht auf einen Schulabschluss oder eine Anstellung. Und das hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre immer weiter verschlimmert, unter „linken“ und rechten Regierungen gleichermaßen. Rassismus gehört zum Kapitalismus, und in Frankreich ist er auch in der kolonialen Vergangenheit verwurzelt: Die französische Bourgeoisie ist immer noch wütend über ihre Niederlage im algerischen Befreiungskampf vor über 40 Jahren. Ein konsequenter Kampf gegen rassistische Unterdrückung erfordert einen Kampf zum Sturz des gesamten kapitalistischen Systems.

Revolten wie diese sind Ausdruck der Verzweiflung arbeitsloser Jugendlicher, die so sehr an den Rand gedrängt sind, dass sie aller Mittel beraubt sind, durch die sie ein Faktor sein können, der gesellschaftliche Veränderungen bewirkt. Bei den Unruhen kamen auch Fälle wahlloser Angriffe auf Personen vor, die sich zufälligerweise zur falschen Zeit am falschen Ort befanden, und es wurden die Wohnviertel verwüstet, in denen diese Jugendlichen leben müssen. Doch trotz enormen Energieaufwandes und erlittener Zerstörungen ändern diese Ausbrüche für gewöhnlich nichts. Das macht es nur noch wichtiger, dass Arbeiter für bessere Lebensbedingungen der Bewohner dieser Viertel kämpfen. Die Arbeiterklasse ist die soziale Kraft, die das objektive Interesse und die Macht hat, dieses ganze System kapitalistischer Ausbeutung, des Rassismus und des Elends zu stürzen und einen Arbeiterstaat auf der Grundlage einer Planwirtschaft aufzubauen.

Aulnay-sous-Bois ist eine weitere Stadt im 93. Département, einer zum Großteil von der Arbeiterklasse und von Immigranten bewohnten Region außerhalb von Paris, die bei den jüngsten Unruhen eine wichtige Rolle spielte. In Aulnay gibt es auch eine große Citroën-Autofabrik, in der junge Arbeiter, Nachkommen vor allem von nord- und westafrikanischen Immigranten, im März dieses Jahres einen erfolgreichen Streik durchgeführt haben. Tausende Jugendliche aus der Gegend arbeiten beim nahe gelegenen Flughafen Charles de Gaulle, einem der größten in Europa. Die Macht der multiethnischen Arbeiterschaft der Region, Franzosen und Immigranten, kann entfesselt werden zum Kampf gegen die schrecklichen Bedingungen in den Ghettos und für die Verteidigung der unterdrückten Jugendlichen. Doch dazu bedarf es eines unnachgiebigen Kampfes gegen die chauvinistische Gewerkschaftsbürokratie, die die Kämpfe der Arbeiterklasse in Schranken hält und verrät, weil sie im Grunde die Sorge der Bourgeoisie teilt, den französischen Kapitalismus gegenüber seinen internationalen Rivalen „konkurrenzfähiger“ zu machen.

Der brutale Angriff der Regierung auf eine ganze Generation junger Menschen zielt darauf ab – vor dem Hintergrund wütender Angriffe auf das gesamte Proletariat und zunehmenden Widerstands der Arbeiterklasse –, rassistische Spaltungen innerhalb der multiethnischen Arbeiterklasse dieses Landes zu schüren. Nach dem verlorenem Streik der Seeleute von der Korsikafährgesellschaft SNCM, dem die CGT-Gewerkschaftsbürokratie in den Rücken gefallen war (siehe „Corsica and Class Struggle in France“ [Korsika und der Klassenkampf in Frankreich], *Workers Vanguard* Nr. 857, 28. Oktober), versucht die Regierung jetzt mit Hilfe einer gerichtlichen Anti-Streik-Verfügung einen bereits einen Monat dauernden Streik von Arbeitern des öffentlichen

Fortgesetzt auf Seite 30

Abonniert!

Zeitung der
Ligue trotskyste
de France

4 Ausgaben

€ 4,50

enthält *Spartacist*

(französische Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 2 35 55

10127 Berlin

Konto 11988-601

Postbank Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60

BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



Frankreich...

Fortsetzung von Seite 29

Nahverkehrs von Marseille zu brechen. Für den 21. November hatten alle wichtigen Gewerkschaften der Eisenbahngesellschaft SNCF zum Streik aufgerufen. Das macht es für die organisierte Arbeiterbewegung umso dringlicher, gegen den rassistischen Angriff der Regierung Widerstand zu leisten. Für die Arbeiterklasse ist es eine lebenswichtige Frage, im gemeinsamen Kampf die Angriffe auf ihren Lebensstandard und auf Sozialleistungen zurückzuschlagen. Wie die LTF in *Le Bolchéviek* (September 2005) schrieb:

„Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Die gesamte Arbeiterbewegung ... muss zur Verteidigung ihrer verwundbarsten Klassenbrüder mobilisieren, vor allem der Arbeiter aus Nord- und Westafrika, die einen strategisch wichtigen Bestandteil des Proletariats in diesem Land darstellen, sei es auf dem Bau, in der Autoindustrie oder bei der Stadtreinigung von Paris. Notwendig ist eine Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation von Aushilfskräften, Zeitvertragsarbeitern und Arbeitern mit ‚Tarifverträgen für Neueingestellte‘ [eine neue Art von Tarifverträgen unter dem gewerkschaftlichen Standard]. *Weg mit Vigipirate! Weg mit rassistischen Ausweisungen und mit Charterflügen zum Zweck der Abschiebung! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Französische Truppen raus aus Afrika!*“

Nachbarschaftspolizei und Bereitschaftspolizei: Wachhunde der bürgerlichen Ordnung

Die Gewerkschaftsbürokraten und die reformistischen Parteien sollten wegen ihrer Weigerung, gegen die rassistischen Angriffe in Clichy-sous-Bois und anderen Wohnvierteln zu protestieren, verurteilt werden. Sie beschwerten sich vor allem darüber, dass Innenminister Nicolas Sarkozy ein Wahnsinniger ist, der nur seine Karriere als zukünftiger Präsident im Auge hat. Damit unterstützen sie indirekt seinen Rivalen, Ministerpräsident Dominique de Villepin (einen engen Mitstreiter von Präsident Jacques Chirac), der die Polizeirepression sogar noch verschärft hat, seit er nach den ersten Tagen des Aufruhrs die Sache selbst in die Hand nahm. Die Reformisten werfen Sarkozy vor, dass er die Bereitschaftspolizei zu Überraschungsangriffen in die Minderheitenghettos geschickt hat. Anstelle von Sarkozys Überfällen empfehlen sie aus der ach so guten alten Zeit die Nachbarschaftspolizei, die von der vergangenen Volksfrontregierung unter Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei (PS) und Marie-George Buffet, dem gegenwärtigen Chef der Kommunistischen Partei (PCF), eingerichtet wurde. Die PCF und Lutte ouvrière (LO), die mit der amerikanischen pseudotrotzkistischen Organisation Spark [Funke] verbunden ist, haben Sarkozy sogar dafür angegriffen, dass er die Anzahl der Polizisten, die in den Ghettos täglich Dienst haben, reduziert hat. LO schrieb in *lutte ouvrière* (8. Juli):

„In völligem Gegensatz zu seinen Versprechungen betrieb der Minister Sarkozy in seinem Zuständigkeitsbereich dieselbe Politik wie seine Kollegen: Zahlenspiele, um Kürzungen zu verschleiern, Schließung von Polizeiwachen, fehlende Haushaltsmittel.“

Die „police de proximité“ war ein Lieblingsprojekt von Jean-Pierre Chevènement, damals Polizeiminister in der Jospin-Regierung, der noch immer bei Immigranten ohne Papiere und bei Ghettojugendlichen, die er gerne als „sauvageons“ (kleine Wilde) bezeichnete, allgemein verhasst ist. Er war es, der ein Gesetz auf den Weg brachte, das es erlaubt, jeden unter Anklage zu stellen, der Arbeitern ohne



AFF

Einwohner von Clichy-sous-Bois demonstrieren am 29. Oktober 2005. Aufschrift der T-Shirts „Tod für Nichts“ ehrt zwei junge Männer, die nach Verfolgung durch die Polizei starben

Papiere hilft. Dass PS und PCF auf Jospins und Chevènements „police de proximité“ zurückgreifen, ist ein äußerst bedrohliches Vorzeichen für Immigranten und Jugendliche. Es waren Jospins Bullen, die 1998 Habib Ould Mohamed in Toulouse töteten und damit im Viertel Le Mirail einen Aufstand auslösten, der drei volle Tage andauerte und durch ein massives Aufgebot an Bereitschaftspolizei niedergeschlagen wurde, genau wie es jetzt Sarkozy und de Villepin machen. Und dann tötete eine Nachbarschaftsstreife im April 2000 Ryad Hamlaoui in der Nähe von Lille und provozierte damit eine weitere Welle des Aufruhrs.

Die PCF gab eine gesonderte Stellungnahme zu Clichy heraus (*L'Humanité*, 4. November), in der sie fordert: „Stellt die Polizei in den Dienst der ganzen Nation, was Demokratisierung, Ausbildung, Ansässigkeit in den Wohnvierteln und angemessene Finanzierung bedeutet.“ Der Leitartikel von LO zu Clichy erwähnt Immigration oder Rassismus nur einmal, um davor zu warnen, dass Sarkozys Eskapaden „die repressive Haltung bei der Polizei und den Rassismus bei vielen ihrer Mitglieder weiter verstärken“ werden. Als ob man mit einem anderen Bullenminister und durch die Entfernung einiger schwarzer Schafe aus dem Polizeidienst eine „gute“ republikanische Polizei erschaffen könnte. All diese Reformisten versuchen, das Ansehen der Bullen bei den unterdrückten Jugendlichen wiederherzustellen, und schüren so tödliche Illusionen in die bürgerliche Republik. Die Polizei kann nicht zum Wohle der Bevölkerung reformiert werden. Diese Lüge von ihrer Reformierbarkeit zu verbreiten ist genau das, was Reformisten von Revolutionären unterscheidet. Wie bei den anderen Formationen bewaffneter Menschen, die den Kern des Staates ausmachen (Gefängniswärter, Armee), ist ihre Funktion der Schutz des Privateigentums der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Der kapitalistische Staat hat ein gesetzliches Waffenmonopol zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems: Die Polizei ist der Wachhund der Bourgeoisie, Polizisten sind nicht „Arbeiter in Uniform“. *Polizei, Gefängniswärter raus aus den Gewerkschaften!*

PCF, LCR: Architekten einer neuen „Volksfront“

In ihrer Erklärung wirft die PCF Sarkozy vor: „Die Regierung hat gezeigt, dass sie die öffentliche Ordnung nicht garantieren kann.“ PS und PCF benutzen die gegenwärtigen Unruhen dazu, ihr ziemlich angekratztes Renommee aufzupolieren, und bieten sich als diejenigen an, die

eher dazu imstande sind, in den Immigrantenvierteln für Ordnung zu sorgen, und bei denen sich somit die Bourgeoisie darauf verlassen kann, dass sie den bürgerlichen Staat reibungsloser regieren.

Im Grunde geht es der PCF darum, eine neue Koalition auf die Beine zu stellen, die auch bürgerliche Parteien wie die Grünen, Chevènement-Anhänger und radikale Linke umfasst, um die Wahlen 2007 zu gewinnen. Und die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) sowie LO (wenn auch eher indirekt) helfen ihnen dabei. Die „Linken“, darunter die PCF und die Pseudotrotzkisten von LCR und LO, hatten am 8. November in Paris eine gemeinsame Plattform mit zwei kleinen chevènementistischen bürgerlichen Parteien, MARS und MRC, angeblich gegen die Privatisierung des Elektrizitätsmonopols EDF. So schüren LCR und LO Illusionen, dass der kapitalistische Angriff durch Zusammenarbeit mit kapitalistischen Parteien zurückgeschlagen werden kann!

Nieder mit dem rassistischen Feldzug „gegen den Terrorismus“!

Anfang Oktober streikten am Flughafen Charles de Gaulle die Gepäckabfertiger für die Festanstellung von Arbeitern mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen und für höhere Löhne (nach der Privatisierung von Air France unter der vorigen Regierung Jospin/Buffer). Der Streik wurde durch die Regierung gebrochen, die sich Vigipirate und eine angebliche terroristische Bedrohung durch nicht sortierte Gepäckstücke zunutze machte. Das zeigt ganz konkret, was wir seit Jahren sagen: Vigipirate hat alle Immigranten und Minderheiten im Visier und auch die Arbeiterklasse insgesamt. Es könnte in den nächsten Wochen wieder angewendet werden, wenn ein größerer Streik bei der französischen Eisenbahn beginnt.

LO hat sich von Anfang an geweigert, gegen Vigipirate aufzutreten, und dies geht Hand in Hand mit ihrer führenden Rolle bei der rassistischen Kampagne, junge Frauen, die das Kopftuch tragen, von der Schule auszuschließen. Der Islam ist in Frankreich eine Religion der Unterdrückten und der Ghettos. Das Kopftuch repräsentiert ein reaktionäres soziales Programm, das Frauen in sklavenähnlicher Position an das Heim bindet. Der Schulausschluss muslimischer Mädchen kann nur ihre Isolation und ihre Unterdrückung verstärken und Rassismus gegen alle Immigranten schüren. Wir sind gegen diese rassistischen Kampagnen und verteidigen

die Mädchen, die ein Kopftuch tragen, gegen den bürgerlichen Staat. LO dagegen begrüßte Chiracs Kopftuchverbot, ein rassistisches Gesetz, das ein Teil der täglichen Schikanen gegen Muslime ist, und LO-Sprecherin Arlette Laguiller marschierte am 6. März 2004 auf einer Demonstration von Frauen aus Immigrantenvierteln sogar Arm in Arm mit Nicole Guedj (der damaligen Staatssekretärin für den Gefängnisbau von Chiracs Partei UMP)!

**Frankreich 2003:
Weil sie ein
Kopftuch trugen,
wurden diese
Gymnasiastinnen
von der Schule
verwiesen.
Französische
Linke wie LO
unterstützen
rassistisches
Kopftuchverbot
des kapitalistischen
Staates**



Gewiss mobilisiert LO für Immigranten ohne Papiere, wie es auch viele bürgerliche Liberale tun, die der Meinung sind, die französische Republik sollte dazu in der Lage sein, diese Immigranten zu integrieren, die oft schon seit Jahren in Frankreich leben und in diesem Land eine Familie gegründet haben. Doch der Rassismus gegen Ghettojugendliche sitzt sehr tief und ist im französischen Kapitalismus verwurzelt, dem er dazu dient, die Arbeiterklasse nachhaltig zu spalten. LO meidet das Thema bewusst und spricht nur von „Armenvierteln“, womit sie der entscheidenden Frage von rassistischer Unterdrückung aus dem Weg geht. Notwendig ist die Schmiedung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse, angefangen bei Arbeitermobilisierungen gegen rassistischen Polizeiterrort. Wir kämpfen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, die entschlossen ist, das Proletariat dieses Landes zu einer sozialistischen Revolution zu führen. ■

Lizzy...

Fortsetzung von Seite 4

und die gegenwärtigen Aufgaben], *WV* Nr. 841, 4. Februar 2005). Niemand ist gegenüber diesen Problemen immun gewesen, doch Genossin Lizzy spielte eine Vorreiterrolle bei dem Versuch, die Partei aus diesem Morast herauszubekommen. Mehrmals in den letzten fünf oder sechs Jahren enthielten unsere internen Bulletins ein von Lizzy in einer frühen Phase der Diskussion vorgelegtes Dokument, oft weniger als eine Seite lang, das den Anstoß zu weiteren Beiträgen gab. Häufig ging ihr Dokument von einer konkreten, scheinbar taktischen Frage bei einer bestimmten irgendwo geplanten Intervention aus und ging dann logisch weiter zur Erläuterung programmatischer und prinzipieller Fragen.

Nachdem Lizzys Krebserkrankung festgestellt worden war, unterzog sie sich einer Operation, Chemotherapie und schließlich Bestrahlung. Ihr Vater stellte sicher, dass sie eine sehr gute Behandlung erhielt, die aber letztendlich nicht anschlug. Sie machte weiterhin ihren zweiwöchentlichen Ver-

kauf und andere öffentliche Aktivitäten. Im April 2003 wurde sie durch ein „nicht-tödliches Geschoss“ verwundet, das bei dem brutalen Polizeiangriff auf Anti-Kriegs-Demonstranten, Hafenarbeiter und LKW-Fahrer im Hafen von Oakland aus einem Bullengewehr abgefeuert wurde.

Ihre Genossen, ihre Familie und ihre Freunde werden Lizzy vermissen, solange wir noch bewusst im Leben stehen. Wir werden ihren scharfen Verstand vermissen, ihren Humor, ihre Wärme und ihr Mitgefühl. Wir werden uns immer an ihre Schönheit und ihren Mut erinnern. Selbst inmitten unserer Trauer feiern wir ihr Leben und finden Trost in dem Wissen, dass sie ihr Leben nach ihrer eigenen Vorstellung lebte und nie in ihrer Überzeugung geschwankt hat, dass der Kampf für die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten der richtige Lebensweg für sie war. Für uns war sie ein sehr starkes Glied in der Kette der Kontinuität, die geradewegs auf Marx und Engels, Lenin und Trotzki sowie Cannon zurückführt. Wir sind entschlossen unsere geliebte Genossin Lizzy zu ehren, indem wir ihren Kampf weiterführen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 857, 28. Oktober 2005

SPARTAKIST

Für eine proletarische Perspektive im Kampf gegen Faschismus

Nahezu jede Woche versuchen Nazis ihre mörderischen Provokationen gegen Juden, Immigranten, Linke, Schwule auf den Straßen durchzuführen und fast jedes Mal treffen sie auf Widerstand. In Göttingen brannten Barrikaden, Kreuzungen wurden besetzt, es wurde versucht, die Nazi-Kundgebung mit lauter Musik zu übertönen, und 3500 Menschen beteiligten sich an der Gegendemo, als am 29. Oktober die Nazis der NPD versuchten, in der Universitätsstadt aufzumarschieren. Dass die 220 Nazis trotz dieser Proteste mehrere Stunden ihre Provokation durchziehen konnten, verdanken sie dem bürgerlichen Staat, der seine Bullen schickte, um wieder einmal das „Demonstrationsrecht“ des völkermörderischen Nazi-Abschaums durchzusetzen. Hierbei wurden dreizehn linke Demonstranten verhaftet. *Weg mit allen Anklagen gegen die antifaschistischen Demonstranten von Göttingen!* Dafür, dass sie auf Grund der Gegendemonstrationen früher abziehen mussten, nahmen die Nazis später Rache an links aussehenden Jugendlichen im Bahnhof Northeim, nachdem sie zuvor eine junge Frau krankhausreif geprügelt hatten. Aus anderen Zügen wurde berichtet, dass Immigranten mit Horror vor den Nazis flohen, als diese von den Bullen in die Züge eskortiert wurden.

Nur zwei Wochen später versuchten Nazis, im brandenburgischen Dorf Halbe die Waffen-SS-Mörder des Zweiten Weltkriegs zu ehren. Hier brannten aber keine Barrikaden, sondern es gab ein Fest mit diversen Musikgruppen, Prominenten und der Politikerriege des Brandenburger Landtags, inklusive Innenminister Schönbohm, das sich als „Straße der Demokraten“ den Nazis in den Weg stellte, natürlich unter dem Schutz von 2000 Polizisten. In Potsdam besetzten am 5. November Demonstranten mehrere Stunden lang eine

Straßenkreuzung und machten es auf diese Weise 300 Nazis unmöglich, ihre Provokation in voller Länge durchzuführen. Die Nazis mussten sich mit einer Kundgebung unter massivem Polizeischutz an einem S-Bahnhof abfinden. In Köln wurde am 19. November eine Nazi-Provokation nach drei Minuten von der Polizei aufgelöst, als der Nazi-Redner das staatliche Nazi-Pogrom von 1938 gegen die Juden feierte.

Es ist erschreckend, wie viele Nazi-Provokationen Woche für Woche stattfinden, dass Nazi-Terroristen im südlichen Sachsen ihr Unwesen treiben können, was eine der Ursachen für die NPD-Wahlerfolge ist, und das sich vor allem dunkelhäutigere Immigranten dem täglichen Terror durch Nazis ausgesetzt sehen. Widerstand gegen den Nazi-Terror ist also sehr wichtig. Bei allen obigen Beispielen wurden die Demonstrationen gegen die Nazis von den Organisatoren und Antifa-Gruppen als Siege über die Nazis dargestellt und gefeiert. Bei so vielen Siegen sollten die Nazis dann aber doch irgendwann demoralisiert sein, was sie jedoch tatsächlich nicht sind. Eine größere Niederlage, bei der eine ihrer Provokationen zerschlagen worden wäre, mussten die Nazis in keinem dieser Fälle hinnehmen, trotz des oft heldenhaften Einsatzes von Antifaschisten wie in Göttingen. Während wir Trotzlisten uns bei solchen berechtigten Protesten gegen Nazis nach Möglichkeit beteiligen und intervenieren, unterscheiden wir uns als klassenbewusste Kommunisten durch unsere Strategie im Kampf gegen die Nazis von den Organisatoren mit ihren liberalen, klassenübergreifenden Konzepten. Diese appellieren mehr oder weniger offen an den bürgerlichen Staat, die Nazis zu verbieten, oder sie versuchen, die Polizei auf die „richtige Seite“ rüber zu ziehen,

Fortgesetzt auf Seite 23

Frankreich: Freiheit für die verhafteten Jugendlichen!

Rassistische Bullen provozierten massive Jugendrevolte

Seite 29

Pariser Vorort Clichy-sous-Bois, besetzt von Bullen. Rechts: Bullen verhaften Jugendliche, 30. Oktober

Fotos: AFP

